# INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

2.12.1999

Nr.489

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03



i partigiani

Ausstellung ab 28. November 1999

HU-Un

**Schöne Aussichten**
Erster Schwerpunkt dieser Ausgabe sind mehrere Beiträge zu den Erfordernissen, Bedingungen und Möglichkeiten linksradikaler Politik. Teilweise nicht ganz einfach zu lesen, aber wenn alles einfach wäre, wäre alles einfach und wir schon längst woanders. Mittlerweise ist eine - wenn auch eher lose - Kontinuität dieser Auseinandersetzung festzustellen, sogar bei uns in der INTERIM. Wir hoffen, daß sich weiterhin möglichst viele an den erforderlichen Diskussionen beteiligen und die (Zwischen-) Ergebnisse nicht nur in einem Berg von Papieren sondern in ein Meer von gelungenen Aktionen umgesetzt werden.
Nach diesem literarisch eleganten Übergang zum zweiten Schwerpunkt: Beiträge zur Vorbereitung und Durchführung gelungener antifaschistischer und antirassistischer Aktionen. Ohne allzu viel kommentieren zu wollen, deutet sich in der Zunahme von gelegentlich auch strafrechtlich relevanten Taten z.B. gegen die Läden der Nazis ( sozusagen als deren "kulturelle" Infrastruktur) ein leichter Wechsel der Blickrichtung an. Ebenso wie bei Aktionen gegen Nazi-Kader wird mehr und mehr der Alltag in den Mittelpunkt gestellt. Inhalt ist nicht mehr nur die punktuelle - und manchmal etwas großmäulige - Aufforderung im Sinne von "Verhindert den ..." sondern der kontinuierliche Widerstand überall und jederzeit. In diesem Sinne ...

**In eigener Sache**
Drohung 1: An die LeserInnen. Da sich auch die INTERIM der romantischen Stimmung zum Jahrtausendwechsel nicht entziehen kann, gibt es ab dem 21.12.99 eine Sondernummer: "Highlights aus dem Untergrund" oder "Die vergessene Revolution". Eure Exemplare INTERIM 1 - 489 könnt Ihr dann einem Archiv Eures Vertrauens übergeben.
Drohung 2: An einen bekannten Buch- und Copyladen in Kreuzberg. Kein Geld - keine INTERIM. Ab Januar 2000. Basta. (Übrigens - die beiden nächsten INTERIM-Läden sind um die Ecke direkt auf der "Haupt"straße Kreuzbergs.)
Drohung 3: An einige unserer AutorInnen. Paßt doch mal die Form an die Inhalte Eurer Beiträge an. Keine Handschrift und verdammt nochmal kein Kartoffeldruck.

**Entschuldigung**
Leider konnten wir nicht alle Beiträge aufnehmen. Selbst einige schicke Layout-Vorlagen sind rausgefallen, weil: wir haben zu wenig Seiten.

**Inhalt**

Seite 3 - On A MOVE in D / Veranstaltungen der Mumia-Soli-Gruppen
Seite 5 - Partigiani – Ausstellung in der HU
Seite 6 - Antifa-Aktionen und Aktion gegen das DRK
Seite 9 - Aktion gegen das DRK und das Sozialamt Tiergarten
Seite 10 - Flüchtlingsresolution gegen den UNHCR
Seite 12 - Presseerklärung zu der Situation der KurdInnen in D
Seite 13 - Riots in Kopenhagen
Seite 14 - Erklärung des gemeinsamen Antirepressions-Bündnisses
Seite 14 - Erklärung des EX zum Umgang mit der AAB
Seite 15 - Wi(e)der die Verharmlosung von sexueller Gewalt
Seite 16 - Perspektivpapier von/für Frauen/Lesben
Seite 18 - Thesenpapier für das 2. Maulwurfstreffen
Seite 22 - Alaska-Redaktion zur Standordbestimmung
Seite 28 - Erklärung des A-Ladens


**Ordner**

Ergänzung zur Presseerklärung Seite 12
Luftkampf um Panzerlieferung in die Türkei
Redebeitrag des Berliner Bündnisses / Demo gegen den UNHCR
ASTA-TU zum Patriarchat und Neo-Liberalismus
Text zu Chiapas aus "Land und Freiheit" 9/99
Text zu aktuellen Ratgebern für Arbeitslose/Sozialhilfeempfängerlnnen
Rauswurf von Horst Mahler aus dem Cafe ExZess im Frankfurt/Main



**Impressum**
**Herausgeberin:** Interim e.v.
**V.i.S.d.P.:** Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin


**Jeder Erfolg hat auch seine Schattenseiten ...**

z.B. für die Antifas, die am Rande des behinderten Nazi-Aufmarsches am 31. Januar 1999 in Kiel festgenommen wurden. Ihnen stehen nun Verfahren wegen "Landfriedensbruch" u.ä. ins Haus. ☹

Ein - von Repression - Betroffener aus Berlin braucht dringend Kontakt zu Leuten die beim Beginn der NPD-Demonstration (also: Sternstrasse und Umgebung) - oder aber auch später - festgenommen wurden und jetzt Ihre Verfahren erwarten.
Oder zu Zeugen, FotografInnen, VideomitschneiderInnen etc. die Hinweise geben könnten.

Kontakt über:

Ermittlungs Ausschuss (EA) - Berlin, ✉
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel. 030 / 6922222 ✆

denn:
allein machen Sie dich ein.


**Eigentumsvorbehalt**
Diese Druckschrift ist so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur Habenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie an die Absenderin zurückzusenden.

*Eingeladen von verschiedenen Mumia-Soli-Gruppen:*

## *on a MOVE in Deutschland*

# *RAMONA AFRICA*

**VON MOVE - from Philadelphia, Pennsylvania, USA - und von INTERNATIONAL CONCERNED FAMILY & FRIENDS OF MUMIA ABU-JAMAL**

Wie bereits angekündigt beginnt Ramona Africa ihre neuntägige Rundreise durch 7 Städte am 1. 12. 1999 in Berlin. Sie wird Vorträge in Universitäten, Kommunikationszentren, dem Afro Center Jena und an verschiedenen Veranstaltungsorten halten.

Termine:

2. 12. Berlin, 20.00h - Humboldt-Uni, Audimax, (Unter den Linden 6)

4. 12. Jena, 19.00h - Afro Center (Knebelstr. 3, am Busbahnhof Jena)

5. 12. Köln, 18.00h - Alte Feuerwache (Melchiorstr. 3)

6. 12. Frankfurt/Main, 19.30h - Kommunikationszentrum/Uni Ffm

7. 12. Heidelberg, 20.00h - Karlstorbahnhof

8. 12. Münster, 19.00h - W.W. Universität - Raum S9

9. 12. Hamburg, 19.00h - Markthalle - Kunstraum(Klosterwall 9-21)

Ramona Africa war Jurastudentin an der Temple Universität in Philadelphia, Pennsylvania. 1979 bekam sie Kontakt zu MOVE, brach ihr Studium ab und lebte in verschiedenen MOVE-Häusern.

MOVE, - der Name „Bewegung" ist Programm - eine Organisation vorwiegend von Schwarzen, aber auch von Puertoricanern und Weißen, hatte sich durch ihre kompromißlose Haltung gegen den US-Mainstream zum meistgehassten Feind der Behörden gemacht. Ramona Africa schrieb: „Es ist MOVE's Aufgabe, zu verhindern, daß die Industrie weiterhin die Luft verpestet, das Wasser, den Boden, und der Versklavung des Lebens ... Es ist MOVE's Aufgabe, den Leuten zu zeigen, daß dieses System die Ursache all dieser Probleme ist, ..."

Ramona Africa ist die einzige erwachsenene Überlebende einer einzigartigen „Hausräumung".

Am 13. Mai 1985 wurde in West-Philadelphia das Wohnhaus von MOVE, nachdem es in 1,5 Stunden mit zehntausend Schuß Munition und Mengen von Tränengas eingedeckt worden war, von einem Polizeihubschrauber aus bombardiert. Im Inferno verbrannten elf Männer, Frauen und Kinder.
Dieses Massaker durch Polizei und FBI war der überaus blutige und gewaltsame Höhepunkt eines jahrelangen staatlichen Kampfes gegen MOVE. Der 13. Mai war der vorsätzlich geplante Versuch von lokalen, staatlichen und Bundesbehörden die MOVE-Organisation zu liquidieren, diese radikale Stimme zum Schweigen zu bringen.

Ramona Africa entkam diesem Massaker, in ihrem Fall mißlang der staatliche Mord. Im brennenden Haus ließ sie ihre Brüder und Schwestern zurück. Danach wurde sie verhaftet und wegen „Verschwörung" und „Brandstiftung" zu sieben Jahren Haft verurteilt, zu sieben Jahren Einsamkeit, Schmerz und Entfremdung.

Sie war eine sogenannte „freie" Bürgerin, sie war mit ihren Leuten zuhause, und ihr Haus wurde mit einer Phosphor-Bombe angezündet. Ohne Anklage und ohne Urteil wurden ihre Bürgerrechte und ihr Leben in Stücke gerissen. Das Gleiche gilt für ihre umgebrachten MitbewohnerInnen.

Wieder aus dem Gefängnis heraus (Mai 1992) wurde sie zu einer kraftvollen, beeindruckenden Sprecherin von MOVE und für die Freiheit des ohne die Chance eines fairen Prozesses 1982 in den USA zum Tode verurteilten schwarzen Journalisten, Schriftstellers und Revolutionärs Mumia Abu-Jamal.
Mumia Abu-Jamal hatte sich schon Ende der 70er Jahre für MOVE interessiert, er bewunderte ihren Mut zur persönlichen Konsequenz und er ergriff als Journalist offen Partei für die immer brutaler verfolgten MOVE-Mitglieder. Die engagierte Berichterstattung Mumia Abu-Jamals zu den staatlichen Repressionen gegen MOVE hat letztendlich das Faß für Philadelphias Bürgermeister zum Überlaufen gebracht: Mumia Abu-Jamal wurde öffentlich angedroht, daß er bald Konsequenzen für seine Arbeit tragen müsse.
Zur Zeit des Massakers gegen MOVE, 1985, saß Mumia Abu-Jamal dann bereits schon in der Todeszelle.

Ramona Africa hält in den USA landesweit Vorträge an Universitäten und gibt Interviews als minister of communication für die MOVE-Organisation.
Sie war in den Neunzigern mehrfach in verschiedene europäische Länder eingeladen und nahm dort an Konferenzen teil. Sie sprach auch im europäischen Parlament.

Zuletzt war sie im April '99 als Teilnehmerin der Konferenz „Befriedung oder Befreiung" in Berlin.
Diesmal wird sie für ein breites Publikum sprechen, eingeladen von verschiedenen Mumia Abu-Jamal-Solidaritäts-Gruppen, um über die aktuelle Entwicklung im Fall von Mumia Abu-Jamal zu informieren und über Rassismus zu reden.
Die erste Veranstaltung findet am 2. 12. in Berlin. Der 2. 12. ist der Internationale Aktionstag für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, dieser Tag wurde ausgewählt, weil es der Tag ist, an dem Ridge, der Gouverneur von Pennsylvania, Mumia Abu-Jamal hinrichten wollte.
Danach ist Ramona Africa „on a MOVE" durch Deutschland, jeden Tag in einer anderen Stadt. Die Tour endet mit einer Veranstaltung in Hamburg am 9. 12., dem Tag an dem Mumia Abu-Jamal 1981 angeschossen und eingesperrt wurde. Danach ist Ramona Africa nach Paris eingeladen.

Wir freuen uns Ramona Africa hier begrüssen zu können.

Free Mumia Abu-Jamal!

Weiterer Kontakt: Berlin Committee - Int. Conc. Family & Friends of Mumia Abu-Jamal
Kenny Henderson, Tel. 695 088 18/Fax. 698 189 51

Mumia Info im Internet: www.mumia.org
www.mumia.de

# On a Move für Mumia Abu-Jamal

Eine mächtige Allianz aus rassistischen PolitikerInnen, Polizeigewerkschaftern und Justiz fordert die Hinrichtung des afrikanisch-amerikanische Journalisten und Revolutionärs Mumia Abu Jamal. Sie wollen Rache nehmen an dem ehemaligen Mitglied der Black Panther, dass bis heute dem Kampf um die revolutionäre Befreiung der African-American People nicht abgeschworen hat. Mumia soll nach ihren Willen Opfer eines staatlichen Aufstands- bekämpfungsprogramms werden, wie viele heute kaum noch bekannte Black-Panther-Mitglieder, Black Power AktivistInnen und politische Oppositionelle allgemein, die in den 60 und 70er Jahren von der Polizei erschossen wurden oder bei von der CIA fingierten Bombenanschlägen umkamen. COINTELPRO hier das Aufstandsbekämpfungsprogamm, das FBI und CIA gegen die politische politische Opposition führten.

Wenn wir in der BRD für das Leben und die Freilassung von Mumia kämpfen, dann hat das nichts zu tun mit einer Position, den USA Nachhilfe in Demokratie zu geben. Wir leben in einem Land, in dem Gefangene in Isolationsknästen, wie Stammheim oder Stadelheim geselbstmordet wurden, wo die in den 70er Jahren Killfahndung an der Tagesordnung war und wo Flüchtlinge, wie Safwan Eid aus Lübeck als Brandstifter angeklagt werden, wenn ihre Unterkünfte von Neonazis in Brand gesteckt werden. Die Freiheit der politischen Gefangenen können wir nur gemeinsam in einem revolutionären Aufbruch erkämpfen. Fangen wir mit Mumia an!

**2.12.1999 17 Uhr Berlin:** **Demonstration vom Alexanderplatz zur US-amerikanischen Botschaft**

**2.12.1999 20Uhr Berlin:** **Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, Info- und Solidaritätsveranstaltung mit Ramona Africa**

**5.02.2000 14 Uhr Berlin:** **Rosa-Luxemburg-Platz, bundesweite Demonstration für Mumia und aller politischen Gefangenen weltweit**

# Partigiani

## Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien.



**Eine Fotoausstellung der Institute für Widerstand und Zeitgeschichte Modena, Parma, Reggio Emilia**

*Als am 30. Oktober 1929 Benito Mussolini von König Victor Emmanuel III zum Chef einer Koalitionsregierung aus reaktionären Monarchisten und Faschisten berufen wurde, war dies der Beginn einer bis zum 28: April 1945 andauernden Herrschaft der italienischen Faschisten. Die italienischen Faschisten, die eine mit antikapitalistischen Versatzstücken unterfütterte antikommunistische Diktatur errichteten, waren das Vorbild aller in der Zwischenkriegszeit entstehenden faschistischen Bewegungen in ganz Europa.*

Diesen Zeitraum umfaßt die Ausstellung **"Partigiani - Gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Der Widerstand in Italien."**
Aspekte der faschistischen Herrschaft, des Krieges als Verbündeter Deutschlands, der Verfolgung und des Widerstandes werden auf insgesamt 54 Bild- und Texttafeln ausführlich beleuchtet. Im Mittelpunk der Ausstellung steht die seit 1943 rasant anschwellende Partisanenbewegung. Gemeinsam mit den Aliierten befreiten die Partisanen Italien von italienischen und deutschen Faschisten.

### *Wieso, Weshalb, Warum?*

Die Ausstellung wurde von italienischen Instituten erstellt, die seit den 60er Jahren die Aufarbeitung des antifaschistischen Widerstandes in Italien betreiben. Über 60 solcher regionaler Institute existieren heute in Italien.



Seit 1993 kamen und kommen immer wieder Gruppen von zumeist jungen Deutschen nach Italien, um sich dort über die Geschichte der "Resistenca" zu informieren. In Gesprächen mit Partigiani, bei Wanderungen und Besuchen an Orten von Kämpfen mit der Wehrmacht und italienischen Faschisten machten sie sich ein Bild von der deutschen Besatzung in Italien, dem Kampf der Resistenca und dem Stellenwert von Antifaschismus in Italien nach dem Krieg.
Aus diesen Kontakten entstand die Idee, die bereits existierende Ausstellung ins Deutsche zu übersetzen und einem breiten Publikum in Deutschland zugänglich zu machen. Das geschieht in einer Zeit, in der in Deutschland erneut eine Zunahme von Rassismus und Neofaschismus verzeichnet werden muß, in der der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Territorium Jugoslawiens stattfindet. Die Ausstellung soll somit auch der Auseinandersetzung mit dem Heute dienen und dabei helfen, sich kritisch mit den gegenwärtigen Entwicklungen in Deutschland auseinanderzusetzen. Wir hoffen, damit auch einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Antifaschismus in der heutigen Zeit zu leisten.

### *Termine:*

**Berlin**
**28. November 1999 bis 18. Dezember 1999, täglich geöffnet**
Humboldt-Universität, Unter den Linden, Hauptgebäude-Ostflügel

**Brandenburg**
**10. Januar 2000 bis 16. Januar 2000**

**Potsdam**
**17. Januar 2000 bis 29. Januar 2000**
Fachhochschule, Friedrich-Ebert-Straße 4

**Berlin**
**28. November 1999, 16:00 Uhr**
Eröffnungsveranstaltung mit Führung, Humboldt-Universität
*Referent: N. Canovi [ISTORECO, Reggio Emilia]*

**Berlin**
**29. November 1999, 17:00 Uhr**
Veranstaltung "Die Wehrmacht in Italien", Humboldt-Universität
*Referent: Dr. Friedrich Andrä [Autor des Buches "Auch gegen Frauen und Kinder - Die Wehrmacht in Italien"]*

**weitere Veranstaltungen siehe Ankündigungen**

**Die Ausstellung wird gemeinsam organisiert von:**
SJD -Die Falken, Landesverband Brandenburg
Antifaschistische Aktion Berlin
Antifaschistische Jugend Brandenburg
*in Zusammenarbeit mit dem ISTORECO Reggio Emilia*

**mit freundlicher Unterstützung von:**
Italienisches Kulturinstitut Berlin
Rosa-Luxemburg-Stiftung
BdA - Bund der Antifaschisten e.V.



Am Sonntag war die Militaria-Handlung „Two-Flag-Store“ in der Hufelandstraße noch Ziel einer Protestdemonstration linker Gruppen. Doch bereits am Vortag hatten die Betreiber der Militaria-Handlung, die auch verbotene Nazi-Embleme verkauft hatten, die Leuchtreklame über dem Schaufenster entfernt, die Jalousien herunter gelassen und die Verkaufsware aus dem Haus geschafft.

Anlass für die Demo war die jährlich stattfindende Gedenkveranstaltung für den 1992 von rechtsgerichteten Jugendlichen getöteten ehemaligen Hausbesetzer Silvio Meier gewesen. Lautstark hatten die 1 500 linken Demonstranten, die am Sonntag von Friedrichshain bis ins Bötzowviertel marschiert waren, die „Zerschlagung des Two-Flag-Store“ gefordert, während behelmte Polizisten das Ladenlokal sicherten.

**Unter polizeilicher Beobachtung**

Da war das Geschäft bereits geschlossen. „Männer haben etliche Kisten aus dem Laden getragen“, sagte eine Nachbarin, die ebenfalls in der Hufelandstraße 7 wohnt. Der „Two-Flag-Store“, in dem Armee-Zubehör, aber auch Symbole der rechtsextremistischen „Blood and Honour“-Bewegung oder des Ku-Klux-Klan verkauft werden, blieb auch am Montag dicht.

„Wir werten das als vollen Erfolg unserer Demonstration“, sagte ein Sprecher des Antifaschistischen Bündnisses. „Wir wissen nicht, ob der Laden definitiv zugemacht hat oder ob die Betreiber nur vor unserer Demo eingeknickt sind.“ In den vergangenen Monaten war der Store schon mehrfach Ziel von Aktionen des Antifaschistischen Bündnisses. Jüngst waren alle Türschlösser verklebt worden. „Der Laden stand ganz oben auf unserer Liste“, sagt der Antifa-Sprecher.

Nach Polizeiangaben wird der „Two-Flag-Store“ seit Jahren von Polizei und Verfassungsschutz beobachtet. Auch V-Leute seien eingesetzt worden. „1997 haben wir den Laden zweimal durchsucht und dabei verbotene Symbole sichergestellt“, sagte ein Polizeisprecher. „Im vergangenen Jahr ist es dort ruhiger geworden. Dann erst hat die Antifa zu Aktionen gegen den Laden aufgerufen.“ Anwohner berichten jedoch, dass Passanten häufiger von Besuchern des Ladens angepöbelt worden seien. *(mak.)*

## BERLIN-NEWS

WIR HABEN IM OKTOBER MEHRERE NAZI-OBJEKTE IN PRENZELBERG BESUCHT! IN DER NACHT ZUM 1.10.'99 HABEN WIR DURCH EIN BEREITS BESHÄDIGTES FENSTER VON‚MICHIS KLAUSE'(ELLA-KAY-STR.34)DEN INHALT EINES 6KG-FEUERLÖSCHERS IN DIE KNEIPE GESPRÜHT. IN DER NACHT ZUM 10.10. HABEN WIR DIE MARKISE DES‚TWO FLAG STORE'(HUFELLANDSTR.9) ZERSCHNITTEN UND BEIM‚ARTEFAKT'(GREIFSWALDERSTR.162) DIE TÜRSCHEIBE ZERSTÖRT. IN DER NACHT ZUM 14.10HABEN WIR DIE SCHAUFENSTERSCHEIBE× ZERSTÖRT,DA DIE ROLLÄDEN OBEN WAREN. IN DER NACHT ZUM 20.10.WURDEN BEI‚MICHIS KLAUSE' 2 SHEIBEN ZERSTÖRT UND BEIM‚ARTEFAKT' DIE LEUCHTREKLAME EINGEWORFEN! IN DER NACHT ZUM 31.10.HABEN WIR DIE VORHÄNGESCHLÖSSER SOWIE DIE ROLLÄDEN DES‚TWO FLAG STORE' MIT MEHREREN KG UNIVERSALKLEBER VERKLEBT.

SCHÖNE GRÜSSE NOCH AN DIE LEUTE, DIE EBENFALLS IM OKTOBER MINDESTENS 2× DIE REKLAME ÜBERM‚HOOLYWOD'(SCHÖNHAUSER ALLEE 43) BESCHÄDIGT HABEN!

AUTONOME ANTIFASCHIST-INNEN

×BEIM‚TWO FLAG STORE'

IN DER NACHT ZUM 13.11. HABEN WIR EIN HOFFENSTER DES „ TWO-FLAG-STORE“ (IN DER HUFELANDSTR.) EINGEWORFEN.
NAZI-LÄDEN ANGREIFEN

A.G. SMASH.IT.

## Nationales Infotelefon durchsucht

*bnr 12/95, BeZe, JW 12.-15.7.95* - Am 23. Mai '95 gab das Berliner ***Nationale Infotelefon (NIT)*** bekannt, daß der aus Berlin stammende Neonazi **Ulli Boldt** vom ***Studienzentrum Weikersheim e.V.*** ausgeschlossen wurde. Ulli Boldt war Mitglied der ehem. ***Nationalistischen Front (NF)***, betreibt das NIT Berlin und ist Vorsitzender der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.*** Beim „Studienzentrum" war er laut nationalem Infotelefon einige Jahre für die Jugendarbeit



*Ulli Boldt*

verantwortlich. Machte Ulli Boldt beim Berliner Prozeß gegen **Ewald-Bela Althans** am 11. Juli '95 noch seine Späßchen und nervte die übrigen Zuschauer, wird ihm später das Lachen vergangen sein, die Polizei hatte bei der Durchsuchung seiner Wohnung zwei Anrufbeantworter und eine Tonbandkassette mitgenommen. Am 13. Juli '95 wurde die Wohnung des 29jährigen Zehlendorfers erneut durchsucht und ein Anrufbeantworter mitgenommen, als Straftatbestand wurde, wie beim ersten Mal, Verleumdung angegeben, da das NIT den britischen Geheimdienst für den Tod von **Rudolf Heß** verantwortlich machte. Nun kann man das NIT zwar nach wie vor unter der Berliner Nummer 803 59 62 abhören, direkt erreichen kann man es neuerdings unter der Nummer 803 24 13. Wie das NIT Hamburg am 1. August '95 mitteilte wurde das Verfahren eingestellt und Ulli Boldt wird die bereits eingelegten rechtliche Schritte weiterverfolgen.

**Ulli Boldt**, der als Finanzberater arbeitet und in einer Reihenhaussiedlung am Stadtrand wohnt, ist wie die älteren Naziskins auch nur selten im Stadtbild zu sehen. Fast täglich fährt **Boldt** mit der Bahn nach Berlin. Einen organisatorischen Zusammenhang zwischen **Boldt** und dem Nachwuchs um die Disco ***Explosiv*** und die ***Oase*** scheint es kaum zu geben, obwohl jugendliche Skins **Boldts** Visitenkarten mit sich führen. Offensichtlich befindet sich der Schwerpunkt von **Boldts** Aktivitäten weiterhin in Berlin und im Aufbau von Anti-Antifa-Strukturen sowie bei internationalen Nazi-Delegation, z.B. als Mitglied einer Delegation deutscher Neonazis in Nordkorea.

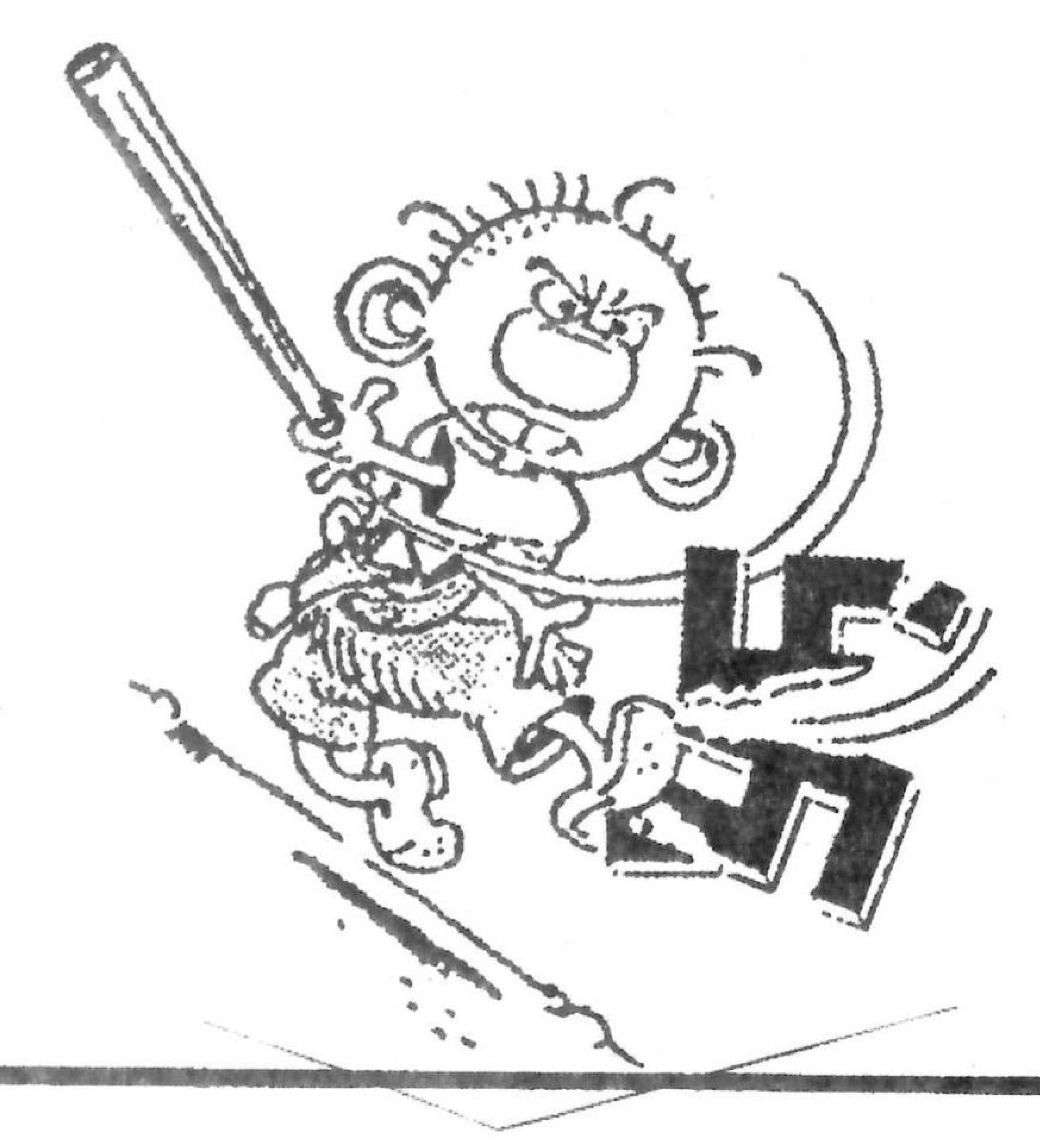
22.11.

## Demo gegen Nazikneipen und rechte Kultur

plet **Friedrichshain** – Mehrere hundert Menschen, zumeist Jugendliche, trafen sich gestern zur alljährlichen Silvio-Meier-Demonstration an der Revaler Straße. Ihr Zug führte zur Hufelandstraße in Prenzlauer Berg. Zur Demo hatte ein so genanntes Bündnis antifaschistischer Gruppen und Organisationen aufgerufen. Sie gedachten des am 21. November 1992 am U-Bahnhof Samariterstraße getöteten Silvio Meier, der der linken Hausbesetzerszene angehörte.

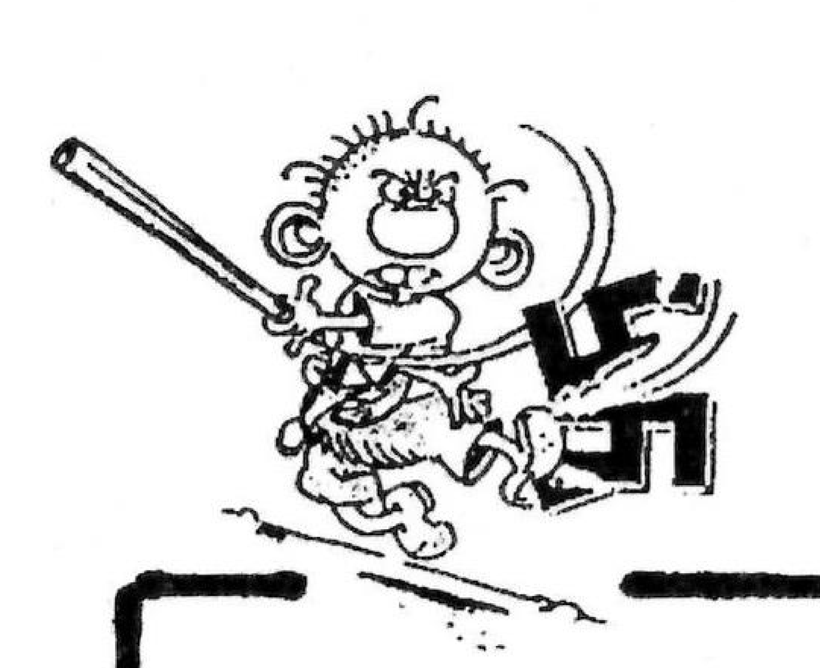
Die unter dem Motto stehende Demonstration „Weg mit Nazikneipen und rechter Kultur" richtete sich vor allem gegen Geschäfte, in denen Accessoires der rechten Szene verkauft werden. So gegen einen Laden an der Hufelandstraße in Prenzlauer Berg. „Der Bezirk hat sich zu einem Mekka der rechten Szene entwickelt", meinen die Organisatoren der Demonstration in einem Flugblatt. So befänden sich allein zwischen Schönhauser Allee und Bötzowstraße zehn derartige Militaria-Shops. Die ursprünglich geplante Route zur Gaststätte „Der Baum", Libauer Straße, wurde von den Organisatoren abgesagt. Gespräche mit dem Eigentümer der Gaststätte, dem Bezirksamt sowie Vertretern des Antifaschistischen Bündnisses hatten ergeben, dass sich in dem Lokal seit einigen Wochen keine rechten Gruppierungen mehr treffen.

Die Polizei begleitete die bis zum Abend friedliche Demonstration mit etwa 1000 Beamten.



ein ausflug ins umland lohnt sich immer... wir haben in der nacht vom 18.11.1999 zum 19.11.1999 das auto des nazimultifunktionärs ulli boldt in königs wusterhausen abgebrannt!

MOBILES ANTIFA-KOMMANDO BERLIN



wir haben in der nacht des 2.11.99 den AUDI 80 des faschisten DREIßIGÄCKER in annweiler zerstört.
DREIßIGÄCKER ist mitglied der kameradschaft annweiler und in letzter zeit bei nazi-demos aufgefallen

laßt nazis keine ruhe – nirgendwo!
für die militante OFFENSIVE

autonome antifas

das deutsche rote Kreuz war schon vor 60 jahren eine systemtreue organisation. nach 1945 verhalf es zahlreichen Kriegsverbrechern zur flucht. Durch korruption, Lug und betrug reich geworden, unterstützt das drK nun hand in hand mit Ausländerbehörden, Sozialämtern, Verwaltungsgerichten und bgs den abschiebemörder Schily bei seinen politischen machtspielchen, bei seinen ethnischen säuberungen, den abschiebungen nach der deutschen abschiebehaft in folter, knast und tod.
*in der* nacht zum 19.11.99 haben wir auf dem drK-gelände an der gerichtsstr. in wedding eines ihrer fahrzeuge in brand gesetzt. *damit sind* nicht die drK-mitarbeiter gemeint, die achtbare jobs zb. im rettungsdienst tätigen, oft für wenig geld, oder die vielen, vielen ehrenamtlichen menschen, die überall helfen. Vielen ist aber leider nicht bewußt, was das drK wirklich ist, in welche machenschaften ihre organisation verstrickt ist. *gemeint sind* die verantwortlichen für die drK-flüchtlingsheime, denen scheißegal ist, wie die menschen aufgrund ihrer herkunft dort leben bzw. überleben müssen, denen sie nicht ein minimum für ein menschenwürdiges leben zur Verfügung stellen. es geht ihnen nur um geld.. profitgeier.. faschisten.
*warum die anti-sorat Kampagne eingeschlafen ist, als sie grade wirkung zeigte und warum die chipKarte ohne probleme eingeführt werden konnte ist uns sowas von unverständlich.*

*DRK-BONZEN mampft Eure Freßpakete selber!*

autonome  miliz

WIR haben In der Nacht zum 21.11.99. einige Scheiben eines CHANCE 2000-Schlingensief Busses beschädigt. (bln.görlitzerstr)
NAZIS ARE NO FUN!
Kein Forum für Nazis & Rassisten.
NIE WIEDER DEUTSCHLANDsuche 99.
Es gibt nix zu diskutieren...

**Uns stinkt das Asylbewerberleistungsgesetz - deshalb stinkt es jetzt im Sozialamt Tiergarten und in der DRK-Landesgeschäftsstelle**

Wir haben in der Nacht von Donnerstag zum Freitag dem 19.11.99 die Scheiben beim Sozialamt Tiergarten eingeworfen und das Büroklima mit stinkender Buttersäure verändert; die gleiche Behandlung haben wir auch der DRK-Landesgeschäftsstelle an der Bundesallee zukommen lassen; parallel dazu haben wir an dem Haus und in der Nachbarschaft vom zuständigen Abteilungsleiter im Sozialamt Mitte Axel Kschinschig,Otto-Wels-Ring 55, Berlin Neukölln, Plakate mit der Aufschrift " Kschinschig Menschenenschinder "geklebt und Parolen gesprüht.

Worum geht es uns? Seit über einem Jahr wehren sich Flüchtlinge in Berlin gegen die menschenverachtenden Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Bezirksämter Mitte und Tiergarten gehören zu den willigen und freiwilligen Vollstreckern einer staatlichen Politik des Aushungerns und Vertreibens von Flüchtlingen. Während es in dieser Stadt immerhin noch einige Bezirksämter gibt, die bspw. wie in Kreuzberg, den Bürgerkriegsflüchtlingen weiterhin die ohnehin gekürzten Sozialhilfesätze in Bargeld bzw. in Form von Chipkarten auszahlen, werden die Flüchtlinge in Tiergarten und Mitte pauschal als Schmarotzer angesehen und behandelt. In vielen Fällen werden Bürgerkriegsflüchtlingen sämtliche Leistungen verweigert; die Flüchtlinge werden in die Illegalität getrieben. Auch das DRK gehört zu denjenigen, die sich zu den Vollstreckern einer rassistischen Politik machen: In drei DRK-Heimen erhalten die Flüchtlinge nur noch Vollverpflegung - wogegen sich die Betroffenen vehement und zuletzt mit einem Hungerstreik gewehrt haben. Zwar beklagt auch das DRK inzwischen, dass es die Regelung "Vollverpflegung statt Bargeld" nicht sonderlich human findet; aber das DRK hat bei den Vertragsverhandlungen mit den Berliner Bezirksämtern und dem Landesamt für Soziale Aufgaben keine Anstrengungen gemacht, andere Bedingungen durchzusetzen. Letztendlich geht es den edlen Helfern beim "Abenteuer Menschlichkeit" um Profit, und da zählen die Bedürfnisse der Flüchtlinge eben gar nichts.

Bundesinnenminister Otto Schily hat vor kurzem mal wieder klar gemacht, wie die humane Menschenrechtspolitik der rot-grünen Bundesregierung aussieht: Ausgrenzen, Aushungern, Abschieben. Schily hat mit seiner "das Boot ist voll, es gibt nur Wirtschaftsflüchtlinge"-Rethorik all denjenigen die Lunte gereicht, die nur darauf warten, das nächste Flüchtlingswohnheim anzuzünden, den nächsten Migranten totzuschlagen und noch mehr Flüchtlinge mitten im Winter aus ihren ohnehin erbärmlichen Wohnheimen rauszuschmeißen.
Die Schreibtischtäter und die Totschläger haben Namen und Adressen - das wollen wir mit unserer Aktion deutlich machen.

Bargeld statt Vollverpflegung!
Freie Wahl der Unterkunft für Flüchtlinge!
Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz!
Keine Abschiebungen!
Bleiberecht für Alle !

Autonome Gruppen "Rassisten stinken"

# Resolution

## An den UNHCR

Von Flüchtlingen aus dem Lager Buchholzer Straße in Berlin-Pankow

**Wir sind Kriegs-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.**
Manche von uns sind schon vor mehreren Jahren wegen des Krieges in Bosnien, manche erst aufgrund des Kriegs in Kosovo seit März 98 geflüchtet.
Egal ob wir Roma, SerbInnen, KroatInnen, AlbanerInnen oder BosnierInnen sind, ob wir muslimisch oder christlich oder anderes oder nicht religiös sind, haben wir ein gemeinsames Schicksal:

**Wir wurden gezwungen , uns einer "Ethnie" zuzuordnen, ob wir es wollten oder nicht. Diese Zuordnung wurde dann als Grund für unsere Unterdrückung, politische Verfolgung und Vertreibung genommen.**

Wir mußten **aus Kriegssituationen fliehen**. Wir wurden geschlagen, verfolgt, vertrieben, unsere Existenzgrundlagen wurden uns genommen, unsere Häuser wurden zerstört, ausgeraubt oder besetzt, Angehörige wurden gefoltert, verschleppt, ermordet.
Viele von uns sind aus der Armee **dersertiert** oder vor ihrer Einberufung ins Militär geflüchtet,
*weil sie sich nicht an der Vertreibung ihrer Nachbarn oder Bekannten beteiligen wollten,*
*oder weil sie nicht mitschuldig werden wollten an diesen Verbrechen.*

**Wir können derzeit nicht zurück in unsere Heimat,** weil uns dort alles genommen wurde, wir dort Gefahr für Leib und Leben befürchten müssen, weil wir dort mit Gefängnis, Folter, neuen Vertreibungen oder anderen unmenschlichen Behandlungen rechnen müssen.

**Die meisten von uns sind bis heute aufgrund der Kriegserlebnisse krank.**

Viele leiden noch heute unter den **Kriegs- und Fluchttraumata:** unter Angstzuständen, Schlaflosigkeit, Alpträumen und anderen psychischen Störungen, Kopf- und Magenschmerzen und anderen körperlichen Beschwerden.
Die meisten unserer **Kinder** sind seit den Kriegserlebnissen krank. Sie leiden unter Appetitlosigkeit, Ausschlägen oder Atemstörungen, viele Kinder weinen oder schreien oft, besonders nachts.

**Deutschland ist ein reiches Land.**

Wir sind nach Deutschland geflüchtet. Denn wir haben geglaubt, dort würden wir Schutz finden vor der Vertreibung und Verfolgung, dort würde man uns helfen, unsere schlimmen Erlebnisse zu verarbeiten, wieder gesund zu werden, arbeiten zu können und Hoffnung für einen Neuanfang zu schöpfen.

Am Anfang waren wir einfach froh, dankbar für die Aufnahme.
In der **Genfer Flüchtlingskonvention** ist festgelegt, wie Kriegsflüchtlinge menschenwürdig behandelt werden sollen: Sie sollen **Arbeitserlaubnis** bekommen, sich **eine Wohnung** nehmen dürfen und **ärztlich betreut** werden.

Wir mussten aber erfahren, dass man uns hier nicht wie Menschen behandelt, die vor Kriegen geflüchtet sind, sondern wie unerwünschte Eindringlinge, und dass man hier unsere Würde und unsere grundlegendsten Bedürfnisse missachtet. Als ob unsere Leiden durch die Kriege in Jugoslawien nicht schon groß genug wären, **fügt man uns hier neue Leiden zu!**

**Wir dürfen nicht arbeiten,** wir dürfen über keinerlei Geldeinkommen und keine Eigenverantwortung verfügen.
Man nötigt uns, Anträge bei Sozialämtern zu stellen. Dort aber gibt man uns auch kein Geld, weder für Kleidung noch Essen noch Schulsachen noch Fahrscheine, ja oft noch nicht einmal Krankenscheine. Man stempelt uns dort zu **"Wirtschaftsflüchtlingen"**, die angeblich wegen der Sozialhilfe nach Deutschland gekommen sind.
Deswegen werden wir ständig erniedrigt und beleidigt, werden unsere Bitten und Anträge beim Sozialamt übersehen und überhört, werden wir dort einfach hinausgeworfen.
**Anstatt uns Wohnungen zu geben, hat man uns in große Lager gepfercht.** Die liegen oft weit am Rande der Stadt. Besonders die Kinder haben Angst vor den Mauern und Zäunen, weil sie dadurch an ihre Kriegserlebnisse erinnert werden.

Mit 4-6 Personen müssen wir in einem einzigen Zimmer leben, es ist Schlaf-, Kinder- und Wohnzimmer zugleich.
Küchen, Toiletten und Duschen müssen sehr viele Menschen gemeinsam benutzen. Es ist unvermeidlich, dass sie immer schmutzig sind und die Menschen dadurch an Infektionen erkranken.
Zuletzt hat man uns selbst die grundlegende Betätigung im Familienkreis aus der Hand genommen, nämlich uns selbst mit Essen zu versorgen, einzukaufen und zu kochen. Wie Gefangenen, kranken und hilflosen Menschen gibt man uns Fertigessen – nur das ist viel schlechter - , um uns vollständig zu entmündigen, uns noch den letzten Rest von Selbstbestimmung zu nehmen.
Unsere Kinder und wir können das Fertigessen oft nicht vertragen, es macht uns körperlich wie seelisch krank.

In solche Lager gesteckt, ohne Beschäftigung, ohne Arbeit, ohne einen Pfennig in der Tasche, ohne uns wenigstens selbst unser Essen kochen zu dürfen, sollen wir solange untätig herumsitzen, bis unsere Kinder und wir selbst uns für unnütz und unfähig halten. Das Leben unter solchen Bedingungen fügt uns neue Krankheiten hinzu.

**Anstatt unsere Kriegstraumata und unsere Krankheiten hier behandeln zu können, verweigern uns die Sozialämter immer öfter die Krankenscheine.** Ärztliche Atteste werden oft nicht angenommen. Statt dessen beschimpft man uns als Simulanten und weist uns die Tür. Nicht ÄrztInnen, sondern Sozialamtsangestellte entscheiden, ob wir krank sind oder nicht !

**Unsere sozialen Beziehungen wurden schon in den Kriegen zerschnitten, die Familien auseinandergerissen. Hier werden sie weiter zerstört.**
Wir sind auf gegenseitige Unterstützung angewiesen. Doch selbst das wird uns verboten: viele unserer Verwandten müssen in verschiedenen Bundesländern leben. Wir dürfen sie nicht besuchen. Und ohne Geld können wir auch in der Stadt unsere notwendigen Kontakte nicht pflegen.

**Unseren Kindern müssen wir alles versagen, was zu einem Kinderleben gehört:** Wir können ihnen weder Spielzeug noch Kleidung noch Schulsachen kaufen, noch haben wir Geld für Schokolade. Wir können ihnen nichts zu Weihnachten oder zum Geburtstag schenken.
Obwohl eine Schulpflicht besteht, können oder wollen viele unserer Kinder nicht in die Schule gehen: Sie fürchten sich vor der Ausgrenzung. Denn sie sind schlecht gekleidet, sie haben kein Geld für Hefte oder Tornister oder Sportsachen, erst recht nicht für die Klassenreisen, Ausflüge oder Freizeitgestaltung.

Eine noch schlimmere Stufe der Demütigung haben wir in der letzten Zeit erfahren.
Man straft uns jetzt nicht nur mit Lagerzwang, Einkommenslosigkeit und "Sachleistungen", sondern man droht uns mit **Obdachlosigkeit und Aushungern**! Mit diesen menschenverachtenden Mitteln will man uns zur „freiwilligen Ausreise" zwingen.

Um Beweise zu bekommen, wir seien doch Wirtschaftsflüchtlingen, **nötigen uns die Sozialämter unter Drohungen, Fragebögen zu unterschreiben**, die wir nicht richtig verstehen, in denen uns Worte in den Mund gelegt werden, die wir nicht gesagt oder gemeint haben.
Uns wird gedroht, wenn wir nicht unterschreiben, würden wir auf die Straße gesetzt und sofort ausreisen müssen.
Doch auch wenn wir so ein Papier auf dem Sozialamt unterschrieben haben, kündigt man uns sofort jede Kostenübernahme.
Wenn wir gesagt haben, wir seien vor dem Krieg geflohen oder desertiert, von der Polizei geschlagen oder eingesperrt worden, unsere Häuser seien verbrannt und beraubt, hat man uns die eigenen Worte verdreht, um uns trotzdem als "Wirtschaftsflüchtlinge" sofort zur „"freiwilligen Ausreise" zu nötigen.
Wenn wir gesagt haben, dass in unserer Heimat alles zerstört ist und wir dort nichts hätten, wovon wir leben könnten, stufen sie uns als „rückkehrunwillig" ein und machen uns obdachlos.
Selbst wenn wir betonen, dass wir nach einer Rückkehr wieder verfolgt würden und mit Gefängnis und Folter zu rechnen haben, entziehen uns die Sozialämter einfach alles.

Wir wurden auch gezwungen, **bei der Polizei Papiere zu unterschreiben, dass wir „"freiwillig" zurückkehren,** obwohl wir als Kriegsflüchtlinge und Deserteure nicht zurückkehren können.

So bringen sie uns dazu, "freiwillig" auszureisen! Einige stellen Anträge auf Weiterwanderung, viele aber können einfach nicht ausreisen, erst recht nicht im Winter. So leben in unserem Wohnheim schon einige Familien ganz ohne Kostenübernahme. Sie werden vielleicht noch geduldet, aber man kann sie jeden Tag mit der Rausschmissdrohung unter Druck setzen.

Die Flüchtlinge, welche erst in diesem Jahr or dem NATO-Krieg un den Vertreibungen in Kosovo nach Deutschland flohen, bekamen von Anfang an gar nichts, keine Sozialhilfe. Sie wurden sogleich obdachlos, oder sie kamen für kurze Zeit in Lager mit Fremdverpflegung und ohne einen Pfennig Bargeld. Viele dieser Menschen, vor allem Roma und AlbanerInnen, wurden in den letzten Monaten auf dies Weise zur „"freiwilligen Rückreise" gezwungen – in zerstörte, verminte, von den NATO-Bomben verseuchte Regionen, in Häuser ohne Dach, jetzt im Winter ohne Heizung und Strom. Sie erwartet dort ein Leben ohne Perspektive, ohne Einkommen und Essen, mit Gefängnis und weiterer Verfolgung oder neuer Vertreibung.

*Wir sind Kriegsflüchtlinge, und wir erwarten, dass wir als solche behandelt werden. Und dass wir vor allem als Menschen wie andere Menschen behandelt werden!*
*Wir wollen*
*Arbeitserlaubnis*
*In normalen Wohnungen leben*
*Bargeld statt Sachleistungen*
*Medizinische Behandlung unserer Krankheiten*
*Vom UNHCR erwarten wir, dass er unserer Forderungen unterstützt und sich bei der deutschen Regierung dafür einsetzt, dass wir hier nicht länger als "Wirtschaftsflüchtlinge" misshandelt und so auf kalte Weise abgeschoben werden. Der UNHCR möge dafür eintreten, dass wir nach der Genfer Flüchtlingskonvention menschenwürdig behandelt werden.*

*Flüchtlinge aus dem Lager Buchholzer Straß in Berlin-Pankow haben diese Resolution anläßlich einer Demonstration am 20.11.99 bei einem Gespräch mit UNHCR-Vertretern überreicht. Die Flüchtlinge haben in den vergangenen Monaten auf viele Arten gegen ihre menschenunwürdige Behandlung und besonders gegen das Fertigessen protestiert.*

## Presseerklärung

**Eine Blutspur zieht sich durch Berlin. Ausländerbehörde, Innenministerium, Verwaltungsgericht, Flughafen Tegel.**
**Wir haben sie heute Nacht mit Farbe sichtbar gemacht.**

Täglich werden Menschen abgewiesen, ausgewiesen und abgeschoben.
So auch Kurden und Kurdinnen.

Anfang dieses Jahres besetzten kurdische Menschen bundesweit Parteibüros und Konsulate als Reaktion auf die Entführung Abdullah Öcalans. Ihnen schlug eine Stimmung entgegen, wo von „Kurdenkrieg in Deutschland“ die Rede war und „rigides Durchgreifen“ öffentlich gefordert wurde. Daß 4 KurdInnen getötet und 12 Kurden zum Teil schwer verletzt wurden, änderte nichts, regte nicht zum Nachdenken an, sondern wurde im Gegenteil als Zeichen für die besondere Gefährlichkeit der protestierenden KurdInnen ausgelegt.
In Berlin wurden im Zusammenhang mit diesen Ereignissen unzählige Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bisher kam es noch zu kaum einer Verurteilung. In den Gerichtsverfahren hat sich schon lange herausgestellt, daß die Vorwürfe, die in der allgemeinen Hetze damals erhoben wurden nicht haltbar sind. Es hat sich auch bewiesen, daß die Schüsse auf die KurdInnen nicht aus Notwehr abgefeuert wurden.

Die Ausländerbehörde jedoch behält, als gäbe es weder Gerichtsentscheidungen, noch Untersuchungsausschüsse, die Hetze bei und setzt sie um. Reihenweise erläßt sie Ausweisungsbescheide gegen KurdInnen, in denen sie in schillerndsten Farben angebliche Gewalttätigkeiten, wie z.B die Zerstörung einer Botschaft beschreibt. Die Ausländerbehörde weiß, daß der jeweils betroffenen Personen konkret meist nichts vorgeworfen wird und sie nie für eine konkrete Tat verurteilt werden wird Für die Ausländerbehörde ist dies aber gleichgültig. Es gilt die einfache Rechnung: Ein Kurde oder eine Kurdin, der/die an einem der beiden Ereignisorte in Berlin gesehen worden sein soll, muß äußerst gefährlich sein, stellt deshalb eine Bedrohung für die Bundesrepublik Deutschland dar und ist auszuweisen. Eine Verurteilung von einem Gericht ist da nicht mehr erforderlich, die Unschuldsvermutung gibt es nicht.

Die Ausweisung ist die Grundlage und Vorbereitung der Abschiebung. In diesen Fällen die Abschiebung in die sichere Folter oder den Tod.

Dies alles geschieht ohne Öffentlichkeit. Hinter den Türen der Ausländerbehörde, des Innenministeriums, des Verwaltungsgerichts und letztlich in den Flugzeugen.

**Unsere Aktion, die entlang der Spur durch Plakate auch die individuellen Menschen und Schicksale benennt, ist der Versuch, diese Machenschaften sichtbar zu machen.**

**Einstellung aller Verfahren!**
**Rücknahme aller Ausweisungsbescheide!**
**Recherche nach den Abgeschobenen!**
**Keine Abschiebung in den Folterstaat Türkei!**
**Grenzen auf für alle!**

# Riots in Kopenhagen

**Die Riots vergangener Woche im alten Kopenhagener Arbeiterviertel Norrebro , war ein Aufruhr gegen den staatlich sanktionierten Rassismus. Die Akteure , hauptsächlich in Dänemark geborene Jugendliche von Arbeitsemigranten und politischen Flüchtlingen, trugen ihren Zorn gegen den täglich erlebten Rassismus auf die Strassen ihres Viertels . Die Bilanz : 45 Geschäfte und Banken mit über 300 eingeschlagen Scheiben, sowie eine Handvolle abgefackelter Autos .**

**Staatlich sanktionierter Rassismus**

Der konkrete Anlass dafür war der gerichtliche Beschluss , einen in Dänemark geborenen 23-jährigen Mann mit türkisch-ethnischer Abstammung , wegen wiederholter Straffälligkeit, nach seiner abgelaufenen 3-jährigen Haftstrafe in die Türkei abzuschieben. Unberührt von der Tatsache , dass seine gesamte Familie in Dänemark lebt. Der Hintergrund dieser staatlichen, rassistisch akzentuierten Abschiebepraksis, ist ein unlängst beschlossenes Gesetz der sozialdemokratisch-liberalen Regierungskoalition gegen die sogenannte " Jugendkriminalität im Migrantenmilieu ". Ein Gesetz , das von zahlreichen dänischen Juristen als eklatanter Verstoss gegen die Europäische Menschenrechtskonvention bezeichnet wird .

**Nur wenn es klirrt werden sie wahrgenommen.**

Die Szene der Jugendlichen mit ethnischen Ursprung , trafen sich wie fast jeden Tag ,auch an jenem Sonntag , kurz vor 10 Uhr abends auf den *Blägärdsplads ,* einen zentralen Platz im Herzen von Norrebro :Ein im Norden Kopenhagens liegender Stadtteil, der sich trotz jahrzehntelanger sozialdemokratischer Kommunalpolitik,alles in leicht überschaubare und funktionalistische Betonhäuserschluchten umzubauen, immer wieder als unregierbares und kosmoplolitisches Wohnviertel zu regenerieren verstand. Von hier aus bewegte sich eine Gruppe von ungefähr 30 schwarz vermummte Jugendliche zur naheliegende Norrebrogade , der Hauptstrasse des Stadtteils . Dabei riefen sie Parolen gegen den täglich erlebten Rassismus und vor allem gegen den aktuellen Deportationsbeschluss. Vor sich her schoben sie schwere Müllcontainer. Am Ziel angelangt, wurden in rasanten Tempo um die 300 Scheiben arbeitsteilig mit Baseballkeulen, gezielten Tritten und Steinen zertrümmert. Nach ungefähr zehn Minuten waren auf einer Strecke von einigen hundert Metern sämtliche Geschäfte, Banken MC.Donalds , kleine Pizzabars, etc. demoliert. Ein Szenario aus fliegenden Glasscherben, brennenden Müll und quergestellten Autos , die Assoziationen eines surrealistisches Inferno aus Lärm und Chaos hervorriefen... Die meisten Passanten drängten sich verunsichert in die Hauseingänge , wütend über die Zerstörung ihres Viertels. Andere nahmen die Gelegenheit wahr, blitzschnell die eine oder andere Ware aus den kaputten Auslagen herauszugrabschen.

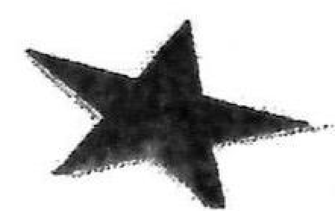
Die ersten ankommenden Bullenautos werden mit gezielten Pflastersteinen schnell zum" umkehren gezwungen und johlend verfolgt. Die meisten der anwesenden Aktivisten der lokalen autonomen Subkultur standen zusammen mit den anderen Zuschauern und nahmen nicht an den Treiben teil . Als die Bullen nicht auftauchten , zogen die vermummten jugendlichen Aktivisten um Mitternacht in Gruppen weiter zum Äboulvard , - einer Hauptstrasse , die Nerrebro im Süden umläuft. Mit Hilfe von zahlreich mitgeführten Mühlcontainern , die vor Ort angezündet wurden, wurde der zeitweilig rege Autoverkehr sehr effektiv stillgelegt. Als die Bullen zwei Stunden später mit ihren gesamten mobilen Einsatzkommando in Nörrebro eintrafen, zogen sich die Strassenkämpfer zurück ins Innere des Stadtteils. An diesen Abend wurde soweit bekannt , niemand verletzt und nur ein einzelner Aktivist wurde von den Bullen verhaftet mit der üblichen Beschuldigung der Rädselführerfunktion . **Eine vorläufige Bilanz**

Die Ri'ots sind in den darauffolgenden Tagen das zentrale Gesprächsthema in Dänemark. Der Zornesausbruch der revoltierenden 2.Generation von Arbeitsemigranten , hat zahlreiche offene Fragen hinterlassen . So sind die meisten Bewohner im Stadtteil sich darüber einig , dass der Deportationsbeschluss falsch und im Kern rassistisch ist . Die Reaktion darauf - Riots im eigenen Stadtteil - findet keine Symphatie. Die autonome Subkulturszene dagegen ist beunruhigt, das der traditionell gemeinsame Widerstand und Protest " von unten " durch diese Art von Riots eine Spaltung quer durch die Bevölkerung hervorrufen könnte. Darüber hinaus befürchtet die Szene, dass reaktionäre Kräfte im Stadtteil die Gelegenheit nützen werden, um erneut eine Progromstimmung gegen das kulturell selbstverwaltete und zur Zeit Räumungsgefährdete Jugendzentrum " Ungdomhuset" zu entfachen .

**Die Strategi der Spaltung**

Was die Kopenhagener Bullen anging, liessen sie die Strassenkämpfer gewähren . Als sie dann mit Hundertschaften und gepanzerten Wagen aufkreuzten, schössen sie wild und unmotiviert mit Tränengas um sich. In einem späteren Statement, begründeten sie ihre Vorgehensweise mit ihrer " numerischen Schwäche auf Grund eines anderen Einsatzes " anlässlich eines zur gleichen Zeit stattfindenden Fussballspiels am anderen Ende der Stadt. .... Der plausiblere Grund ihres fernbleibens ist eher in der Taktik der Polizeiführung zu suchen , die die traditionelle Solidarität und Tolerance der Bewohner Norrebros gezielt zu unterminieren versucht.. Ob dieses Kalkül aufgehen wird, ist eng verbunden mit der unumgängliche Frage , wie Widerstand und Riots sich anstelle im Kiez auszutoben, konkret gegen die verantwortlichen Machtstrukturen orientieren könnte.

Eines steht bereits jetzt schon fest : Jeder weitere Deportationsversuch bedeutet grossen Stress für die neoliberale sozialdemokratische Regierungskoalition.



Einige Autonome aus Kopenhagen

Öffentliche Erklärung des Gemeinsamen Antirepressions Bündnis

Wie ihr vielleicht schon gehört habt, gibt es beim Gemeinsamen Antirepressions Bündnis einige Veränderungen.
Ein Teil des Bündnisses, Gruppen und Einzelpersonen, hat sein Austritt erklärt. Grund dafür waren inhaltliche und strukturelle Kritik und Konflikte rund um den 1. Mai 1999. Da wir nicht in der Lage waren, eine konstruktive Auseinandersetzung darüber zu führen, war eine weitere gemeinsame Perspektive nicht meht möglich. Trotzalledem wird von allen die Notwendigkeit gesehen, staatlicher Repression offensiv und solidarisch entgegenzutreten. Das verbleibende Bündnis wird seine Arbeit fortsetzen, so auch die Ehemaligen in einem anderen Rahmen.
Es gibt eine Waffe gegen Repression: Solidarität.
Die Ehemaligen und Verbleibenden des Gemeinsamen Antirepressions Bündnis

Wir, die wir weiter machen, haben auch schon einige Ideen / Vorschläge und laden alle InteressentInnen ein, am Dienstag den 7. Und 14 Dezember um 19°° im Büro in der Mansteinstraße 10 in Schöneberg vorbeizuschauen.

# Auch Nichtverhalten ist ein Verhalten
# Die AAB im EX - oder auch nicht

**Das EX ist ein von unterschiedlichen Gruppen aus verschiedenen Teilbereichen betriebenes Projekt, das sich trotz der ganzen Unterschiedlichkeiten ein gemeinsames Selbstverständnis geschaffen hat.**
**Unter anderem gehört zum gemeinsamen Grundkonsens, dass das EX ein antisexistisches Selbstverständnis hat. Auch wenn wir selbst dies nicht immer ganz umsetzen, haben Leute, die diesen Grundkonsens durch ihr Verhalten infrage stellen, in unseren Räumen nichts zu suchen.**
**Konkret geht es uns um den Umgang der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) mit der im Februar veröffentlichten Vergewaltigung.**
**Außer dem in der /nterim Nr. 472 (vom 25. März 99) veröffentlichten Schlagwortpapier hat es keine weitere Stellungnahme der AAB zu der Vergewaltigung gegeben. Die AAB vertritt den Anspruch, Diskussionen nur >intern< zu führen, doch auch über die Auseinandersetzungen (so es sie denn gegeben hat) innerhalb der Gruppe ist uns nichts bekannt. Die AAB hat bei ihrer Kneipenschicht im >Schnarup Thumby< einen öffentlich gemachten und ihr bekannten Vergewaltiger geduldet. Auch dazu hat es keine Stellungnahme der AAB gegeben. Deshalb hat das EX beschlossen, der AAB ab sofort keine Räume mehr zur Verfugung zu stellen.**
**Unsere Reaktion kommt spät, aber die Diskussion fing bei uns erst an, als die AAB im September bei uns eine Party machen wollte und auch veranstaltet hat.**

**Das EX, November 99**

**Wi(e)der die Verharmlosung von sexueller Gewalt ...**

Seit Monaten kann ich mir in der interim vielfältigste Beiträge zur sogenannten **Vergewaltigungsdiskussion**, manchmal auch **Debatte** genannt, reinziehen. Potentiell erfreulich daran ist, daß sexuelle/sexualisierte Gewalt in linken Strukturen mal richtig lange Thema ist. Ausgesprochen unerfreulich daran ist, daß selbige **mal wieder auf diese Art** Thema ist. Dieser Beitrag soll nicht direkt ein Beitrag **zur Diskussion** sein.
Ich kriege nämlich schon beim Stichwort **Vergewaltigungsdiskussion** die erste Krise. Für mich klingt die Wortkombination ungefähr so geschmackvoll wie **Folterdiskussion** oder **Mißhandlungsdebatte**. Ihr wißt schon, was ich meine: Der Begriff läßt eine gewisse **Sensibilität** vermissen. Irgendwie wird er dem, **was Vergewaltigung bedeutet**, nicht gerecht. Das gleiche trifft auch auf den Großteil der Beiträge zu. Woran liegt das wohl ?
Vielleicht daran, daß sich auch linke Männer (manchmal sogar Frauen) scheuen, Vergewaltigung in ihrem umfassenden **Zerstörungspotential** zu sehen ? Daran, daß sie die Auswirkungen sexueller/sexualisierter Gewalt im Leben von Frauen **unterschätzen** ?? An einem gewissen **Nicht-wahrhaben-wollen** ???
Um es mal deutlich auszusprechen:
Vergewaltigt zu werden unterscheidet sich in vielen Aspekten gar nicht mal so sehr davon, aus der fahrenden S-Bahn geschmissen zu werden. Eine vergewaltigte Frau fühlt sich bestenfalls **zerschlagen**, schlimmstenfalls **vernichtet** und in jedem Fall richtig beschissen.
Die Wirkung wird auch keineswegs dadurch gepuffert, daß es nicht die bösen Faschos getan haben, sondern **ein Mann/Männer aus den eigenen Reihen**.
Als Übung für **mehr Nähe zum Thema** schlage ich vor:
Legt Euch gemütlich hin, schließt die Augen, atmet tief ein, stellt Euch vor, wie Euch Euer Kumpel/Genosse aus der S-Bahn schubst und atmet ganz langsam aus.
Na, wie fühlt sich das an ? Und das ist erst der Anfang ...
Vor Euch liegt noch all die Zeit, in der Ihr schreiend aus Alpträumen erwacht, in denen seine miese Fresse vorkommt. In der Ihr irgendwie kein Gefühl mehr dafür habt, wem zu vertrauen ist und wem nicht. In der Ihr beim S-Bahn-Fahren angespannt seid und Euch immer wieder dran erinnert.
Und dann besitzt der Arsch doch wirklich auch noch die Frechheit, mit Euern Kumpels in Eurer Kneipe zu sitzen, **als ob nix gewesen wär.**
Von hier ab ist die Fantasiereise zur individuellen Gestaltung freigegeben. Aber nicht die gesellschaftliche Dimension vergessen !
Wenn Ihr damit fertig seid, könnt Ihr Euch gleich mal fragen, ob Ihr nach Monaten des vergeblichen Kampfes um Anteilnahme und Solidarität auch noch so besonnen reagiert hättet wie die FrauenLesben von der GmbH.
**Liebe und Kraft für die vergewaltigte Frau !**
**Patriarchale Scheiße ist keine linke Politik.**

Morgana




Liebigstr. 34, 10247 Berlin, Tel.: 030 42017279
Mo:Frauentag ab 18 Uhr; Di-So: 14 - 19 Uhr;
Samstag zu


**Betr: "Vergewaltigungsdebatte":**
Wir dokumentieren (fast) alle Texte der Debatte in unserem Internet-Archiv. Bitte schickt uns eure Texte per e-mail für´s Archiv. Ihr nehmt uns damit viel unnötige Arbeit ab und es ist sichergestellt, daß die Dokumentation auf dem aktuellem Stand ist.
Eine Zusammenstellung der Texte ist auch als Papierausgabe im Laden erhältlich.

## liebe frauen/lesben!

wir sind. einige frauen/lesben, die versuchen die überwiegende resignations- und frustrationsstimmung in der FL szene zu durchbrechen und wieder handlungsfähiger zu werden. es ist ein; mythos, daß wir nichts machen können, der linksradikale widerstand hier, vor allem von linken deutschen wird immer schwächer. für uns ist ein konzpt von massenmobilisierung innerhalb der dt. grenzen allerdings falsch, die große mehrheit der leute hier ist deutsch und die dt. mehrheit ist rechts und rassistisch-, laut cafe morgenland 95%. selbst wenn wir davon ausgehen würden, daß es eine mitte und eine linke gibt ,müssen wir feststellen, daß diese vehement rechte Inhalte und positionen vertritt, rassistisch ist. hierfür gibt es viele beispiele, der angriffskrieg der nato gegen Serbien, der von eben dieser mehrheit hier getragen wird und befür wortet wurde, prozesse gegen die opfer rassistischer morde, die dann zu tätern gemacht werden sollen (z.b. hattingen,lübeck) und generell ein aktives nicht-eingreifen und wegschauen, dessen die dt. linke einmal ihre eltern/großelterngeneration im faschismus beschuldigt hatte, jetzt tun sie dasselbe, und sie übertreffen diese noch und benutzen auschwitz als legitimation.es ist immer zeit zu handeln, und je weniger widerstand es gibt, desto mehr ist es an der zeit zu handeln.es ist quatsch, daß frau mit wenigen nichts erreichen kann. deutschland ist ein privilegiertes land, eine weitmacht.es ist klar, daß wir hier immer wenige sein werden,die gegen diese macht kämpfen. zu viele profitieren davon. die linke hier hat sich- lange darauf zurückgezogen nach dem schock der vereinnahmung der ddr durch die brd und die Zerstörung des Sozialismus,nach neuen wegen suchen zu wollen. frustration und resignation setzen ein, vor einem nicht mehr angreifbar scheinendem staat, einem system das uns ohnmächtig fühlen läßt und dem wieder erstarkendem deutschem nationalgefühl. es war zu dem zeitpunkt, am anfang der 9oer jahre schon falsch zu resignieren, vieles konnte so, ohne viel protest durchgesetzt werden (.abschaffung des asylrechts; wiedererstarken deutschlands, ökonomisch., militärisch- und ideologisch.; entstehen eines neuen rechten nationalismus und leugnung der kontinuität: des deutschen faschismus usw.).
praktisch hieß und heißt das:ein enormer anstieg faschistischer gewalt gegen schwarze/migramtinnen/ jüdische einrichtungen/linke, alle die nicht in die dt. ordnung passen- durchsetzen von konzepten innerer Sicherheit, d.h.. räumung der innenstädte von allen die nicht ins system passen (obdachlose, hausbe- setzerinnen,migrantinnen ohne papiere,drogenbenutzerinnen) — und abschottung nach außen,morde an den grenzen deutschlands,morde durch oder bei abschiebungen,die politisch, dafür verantwortlichen -seien es nazis,politiker, minister, die "desorientierte Jugend" oder die rassistischen normalbürger - bleiben ungestört, sie werden oft weder zur rechenschaf t gezogen noch angegriffen.
diese entwicklung hätte zu widerstand führen müssen, aber viele gaben resignation und handlungs- ungähigkeit an, um sich zurückzuziehen. seitdem hat sich- die Situation verschärft und immer noch werden resignation und handlungsunfähigkeit als grund angegeben um politisch zu schweigen.
was ist eigentlich los, daß hier"im herzen der bestie"' welche sich handlungsunfähig fühlen und sich trotz der verschärften Situation zurückziehen in ihre warmen nester?
denn nicht nur im herzen der bestie auch weltweit verschärft sich die situation – und hier bleibt es ruhig.
schlagwörter wie globalisierung, verschuldung der trikontländer, nordsüd-verhältnis, imperialistische kriege werden höchstens noch diskutiert die weltweiten Zuspitzungen der imperialistischen ausbeutung sollen bloß noch intellektuell erfaßt werden.
theoriediskussionen werden geführt, die das gefühl geben sollen "macht" zu haben, etwas zu tun. es wird nur die frage gestellt: wie stehen wir dazu? aber der zweite schritt fehlt, das nahe- liegende wird auch nicht getan. es wird nicht gehandelt, dieses handeln ist hier aus einer relativ privilegierten Situation möglich.
hier sitzen viele der firmen, die weltweit ausbeuten, trikontländer verarmen lassen, die eu- regierungen unterstützen diktaturen und rassistische regimes, liefern waffen und zetteln kriege an oder unterstützen sie aktiv.

das der nato angriffskrieg gegen Serbien nicht zu mehr widerstand geführt hat, zeigt, wie wenig solche zusammenhänge noch als wichtig erachtet werden, viele trauen lesben hier haben ihr privileg der entscheidungsfreiheit genutzt. das privileg am rande stehen zu können und zuzugucken, gefühle wie ohnmacht und sinnlosigkeit werden benutzt, um nicht zu handeln, auch die Vorstellung zu denken,daß die anderen schon längst gewonnen haben, ist eine priviligierte ausrede. die verschärfungen auf allen ebenen werden als normalität aktzeptiert und frau gewöhnt sich daran, wenn sie nicht unmittelbar betroffen ist. es kann kein leben in nischen geben.
es kann nicht sein, die ausbeutung weltweit zu aktzeptieren, normal werden zu lassen und damit aktiv zu. unterstützen. gleichzeitig wird der widerstand, den es tagtäglich von migrantinnen gibt, nicht nur nicht aufgenommen, sondern er wird ignoriert. es gibt hier viele leute, die sich jeden tag

wehren gegen rassismus auf allen ebenen, gegen klassenunterdrückung und die frauen zusätzlich gegen sexismus.
sei es auf der ausländerbehörde, sei es gegen naziübergriffe, sei es gegen lohnraub, bullenkontrollen, kriminalisierung, sei es gegen den rassistischen konsenz, gegen illigali- sierung, gegen diskriminierungen, schubladendenken oder integration(multikultikack),sei es gegen gesetze,die frauen ein vom ehemann unabhängiges aufenthaltsrecht verweigern und sexistische verfolgung nicht als asylgrund anerkennen, sei es gegen sexistische übergriffe von männern, arbeitgebern, bullen, sei es gegen die politik,die verhinderte daß a.öcalan politisches asyl bekam, ihn somit auslieferte und die leute die dagegen protestierten kriminalisiert ,sei es gegen unterdrückung, krieg und ausbeutung in verschiedenen ländern.
all diesen widerstand gibt es,nur wird er von frauen/lesben nicht als solcher wahrgenommen, und dabei wird er schärfstens kriminalisiert (wie zur zeit der versuch hier lebende kurdinnen politisch mundtot zu machen).
wo bleibt die solidarisierung? wo werden ausbaumöglichkeiten, zusammenarbeit, Unter- stützung, aber auch radikalisierung und eskalation überlegt und durchgeführt?
viele warten auf eine bewegung. auf die masse. aber die masse soll deutsch sein.
wenn auf einer demo mehr migrantinnen sind als deutsche, entsteht bei deutschen eine komische angst vor vereinnahmung. wir denken,daß trotz inhaltlicher unterschiede und schwierigkeiten, die oftmals auch nur vorgeschoben werden, die kämpfe von befreiungs- und basisbewegungen, die die schweinereien, die hier passieren angreifen, unterstützt werden müssen.
kämpfe, wie der der interkontinentalen karawane gegen bayer leverkusen,die u.a. durch genmanipuliertes getreide die überlebensmöglichkeiten von tausenden von indischen bäuerinnen zerstören, kämpfe von kurdinnen gegen waffenexporte der brd in die türkei, genug mit distanzierung und ablehnung und weg mit einer weißen deutschen überlegenheit!
antideutsche gruppen wie cafe morgenland, die sich gegen den rassistischen konsens in der brd stellen,werden von vielen nicht als antirassistische gruppen gesehen und zum teil sind sie nicht gewünscht, ein grund dafür ist, daß sie nicht von linken deutschen bestimmt sind.
all diese widerstandsstrukturen werden in der Fl szene abgrenzend diskutiert und meistens ignoriert, gleichzeitig sind wenige frauen/ lesben bereit, sich wirklich auseinanderzusetzen, eigene Inhalte und formen von radikalem widerstand zu vermitteln oder auch einfach bloß zu machen
wenn wir uns überlegen was angesichts der verhältnisse angemessen wäre zu. tun fallen uns erstmal sprengsätze und sprengsätze und sprengsätze ein.
sprengsätze gegen die ausländerbehörde, gegen die abschiebeknäste, gegen siemens, bayer und andere großkonzerne,aber auch kleinunternehmen, die sich an der ausbeutung anderer dumm und dämlich verdienen. aber nicht nur das,
das rassistische System wird von millionen deutschen getragen, die z.b. die rassistische unterschriftenkampagne der cdu gegen migrantinnen unterstützt haben und sich damit per blutszugehörigkeit zum "dt. •volk" das recht rausnehmen über das leben von menschen zu bestimmen.

was unserer meinung nach ansteht:
angreifen, eingreifen, gezielt vorgehen und manchmal spontan. das systens mit seinen konzernen, der staatsmacht und den normalos, die es unterstützen, angreifen.auch die rassistischen bürger,die zahlreicher sind als die nazis und deshalb eine große bedrohung darstellen. eine radikalisierung auf verschiedenen ebenen steht an. regeln brechen, sich immer wieder der scheinbaren normalität entgegenstellen, proteste äußern in widerständigen formen, auch wenn das nur einzelne frauen/lesben tun oder kleine gruppen. es gibt hier im moment wenig widerstand von frauen/lesben, wir wollen keine bewegung ins leben rufen. wir können als einzelne handeln und wenn kleine gruppen entsehen um so besser.du kannst dich überall gegen die regeln verhalten oder zuschauen und mitspielen.
du kannst: klauen, dokumente fälschen, auf den Sozialämtern stunk machen, mietverträge für leute ohne papiere unterschreiben,krankenversicherungskarten weitergeben, leute mit dem auto über die grenze bringen, nazis zu- sammenhauen,dich bei sexistischen/ rassistischen übergriffen auf der straße, in deinem haus einmischen oder nachher versuchen die täter ausfindig zu machen und anzugreifen, genmanipulierte Versuchsfelder zerstören, bei der lufthansa, die abschiebungen durchführt, die scheiben einschmeissen. der widerstand, den es in der FL szene gibt, wird zur zeit wenig von kleinen extrem verunsichernden, die strukturen zerstörenden oder angreifenden illegalen aktionen begleitet.

diese sind notwendig und unersätzlich!

gegen anpassung und resignation eine militante

frauen/lesbengruppe

**2. unordentliches Maulwurfstreffen**
**am 11.12. in der SFE/Mehringhof 12Uhr**
**zu Strategien und Perspektiven**
**linksradikaler Politik**



# ... raus aus den Löchern...

Das vorliegende Thesenpapier soll als Grundlage für die Fortsetzung des 1. Maulwurfstreffens am 11.12.99 dienen. Nach den Kritiken des letzten Treffens, dessen Protokoll in der interim Nr. 487 abgedruckt wurde, soll versucht werden den einzelnen AG's weniger und dem Abschlußplenum mehr Raum zu geben. Darüber hinaus wollen wir versuchen, über eine inhaltliche Eingrenzung des AG-übergreifenden Themas und über einen zwischen allen AG 's abgesprochenen Rahmen die Diskussion und den Austausch zwischen den Aktivistinnen aus den verschiedenen Teilbereichen zu gestalten. Die Schwächen linksradikaler Politik der letzten Jahre haben sich auch auf dem letzten Treffen widergespiegelt, scheinbar unzusammenhängend stehen die Politikformen und Inhalte der verschiedenen Teilbereiche nebeneinander. Ein Versuch einer Analyse, die über allgemeine Beschreibungen hinausgeht, erfolgte nicht. Was unser Meinung nach in allen Teilbereiche gleichermaßen viel zu kurz kommt, ist die längst überfällige Reflexion über Ziele und Erfolge unserer Praxis. Dieser Aspekt soll gleichermaßen als roter Faden übergeordnetes Thema sein, welches in allen AG's vordiskutiert wird und den inhaltlichen Schwerpunkt für das gemeinsame Abschlußplenum darstellen soll. Um diese Diskussion etwas konkreter zu führen wollen wir uns beschränken auf

**Formen der politischen Intervention • Reflexionen über Ziel und Erfolg linksradikaler Praxis**

und dazu gibt es aus allen Teilbereichen genug Beispiele als Grundlage für Bewertung und Interpretation.
Bevor wir nun anhand von aktuellen Beispielen oder weithin bekannter Mittel linksradikaler Praxis, seien es Demonstrationen, Kundgebungen, Blockaden, Besetzungen, direkte Aktionen im öffentlichen, halb-öffentlichen und nicht-öffentlichen Rahmen die Diskussion beginnen, wollen wir als Vorbereitungsgruppe einen Definitionsversuch unternehmen, was wir damit meinen, wenn wir hier und heute über "politische Intervention" diskutieren wollen:
Die Formen "politischer Intervention", die uns derzeit allzuoft begegnen, sind punktuelle, kurzfristig durchführbare, teilweise nur sich selbst feiernde Interventionen, die kaum oder gar nicht eingebettet in längerfristige Prozesse sind. Sie erscheinen allzu oft als effektheischende und vor allem sich-selbst-feiemder Events, die ihre eigenen Ziele nicht einschätzen und ernst nehmen wollen oder können und sich nicht um ihre Wirkung zu scheren scheinen.
Angesichts dessen liegt die Vermutung nahe, daß diesen Aktionen möglicherweise gar keine Ziele mehr zugrunde liegen. Vorrangig scheinen sich die Aktivistinnen einer solchen Praxis damit zufrieden zu geben, daß ihre Aktionen, in welchem marginalen Rahmen ' auch immer, kurzfristig (medial) präsent sind, die Hoffnung auf diesem Wege Veränderungen herbeizuführen, gibt es sowieso nicht mehr.
Dadurch wird mehr als deutlich, daß "politische Intervention", als Form emanzipatorischen gesellschaftlichen Handelns über das individuelle Interesse hinaus, nicht mehr und nicht weniger ist als ein Mittel, welches im Zuge der Bewertung seines politischen Erfolgs ausgewählt wird. Eine realistische Bewertung von Erfolg und Mißerfolg bestimmt das weitere Vorgehen.
Interventionen haben je nach Zielsetzung verschiedenen Charakter. Sie können einmal gemeint und wirksam sein als unmißverständlich und undiskutierbar gesetzter Schlußpunkt. In Bezug auf eine benannte Sicht- und Handlungsweise wird deutlich gemacht, daß ein Vernalten, eine Entscheidung, eine Position o.a. nicht nur keine Zustimmung findet sondern ihnen entschieden entgegengetreten wird. Und darüber lassen wir auch nicht mit uns reden. Schluß mit lustig.
Des weiteren können sie als Mobilisierung , Verstärkung oder Unterstützung einer Forderung oder Position eingesetzt werden oder lediglich aufklärenden, Öffentlichkeit schaffenden Charakter haben, etc.

Für den Ablauf haben wir uns folgendes gedacht:
Begonnen wird mit einem einleitenden, den roten Faden des Nachmittags umreißenden, Beitrag. Anschließend teilen sich die AG's nach Teilbereichen auf, wobei es auch eine ‚Universal°-AG geben soll, die die Thesen aus dem Blickwinkel linksradikaler Politik im allgemeinen diskutiert. In den anderen AG's sollen dann zum einen die vorbereiteten teilbereichsbezogenen Diskussionen laufen und zum anderen die Thesen des übergeordneten Themas vordiskutiert werden. Dabei soll versucht werden die Thesen anhand von bekannten Beispielen aus dem jeweiligen Teilbereich nach den folgenden drei Fragen zu behandeln.

Welches Ziel hatten diese Interventionen/Aktionen?
Unter welchen Bedingungen wurden/werden sie als Erfolg oder Mißerfolg gewertet?
Was bedeuten diese Einschätzungen für die zukünftige Politik?

Mit dieser Gliederung der Diskussion wollen wir versuchen zu erreichen, daß zum einen über die konkreten gewählten Beispiele die Diskussion nicht zu abstrakt geführt wird und zum anderen vermeiden, daß sich an Details von Einzelbeispielen festgebissen wird und das Obergreifende außer acht gelassen wird. Im Abschlußplenum, dem anders als das letztes Mal mehr Raum gegeben werden soll, sollen über das Zusammentragen der AG-Diskussionen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Bedingungen für wirkungsvolle Interventionen deutlich werden.

## 1 Die aktuelle Situation

Gesamtgesellschaftlich betrachtet haben sich alle, die sich als Teil der emanzipatorischen Bewegung begreifen bzw. begriffen haben, mit der Neubewertung ihrer Ansätze auseinanderzusetzen. Damit gemeint sind reformistische Teile ebenso wie autonome, antiimperialistische oder auch bewaffnete Gruppen. Genauso gilt dies für diejenigen, die sich als Teil selbstorganisierter Prozessen von Unten (z. B. Kollektivbewegung) verstehen, aber auch für die, die sich positiv auf die nunmehr aufgelösten Strukturen realsozialistischer Staaten bezogen haben

Es ist nicht zu übersehen, daß von unseren emanzipatorischen Ansätzen immer weniger gesamtgesellschaftliche Wirkung und Ausstrahlungskraft ausgeht. In dieser Zeit beteiligen sich die Grünen an der Regierung der "Neuen Mitte" und stellen den Außenminister. Weite Teile der Opposition haben als staatstragender Mainstream der ehemaligen 68er-Bewegung nicht nur ihren endgültigen Frieden mit dem (nunmehr "gründlich zivilisierten") Projekt Deutschland gemacht. Mit dem in der "Neuen Mitte" von Grünen und SPD vielbeschworenen Begriff der "Zivilgesellschaft", wurde der Angriffskrieg Deutschlands legitimiert. Der zynische funktionale Umgang mit der deutschen Vergangenheit wird sichtbar, wenn die Holocaust-Überlebenden in puncto Entschädigung wie Bittsteller abgewiesen werden, während gleichzeitig das "so gründlich zivilisierte Deutschland" den Krieg wegen der Lehren aus Auschwitz geführt hat. Wie zuletzt während des Kosovo-Krieges deutlich geworden, haben sich die Rahmenbedingungen auch für uns als außerparlamentarische und radikale Linke mit erheblichen Auswirkungen verändert:

- der endgültige Wegfall des "linksliberalen Bündnispartners", was sich in der Diskussion um die Verschärfung des Asylrechts schon seit 92/93 abzeichnete, was unter anderem dazu führte, daß Teile der radikalen Linken in diese Bresche gesprungen sind
- mit ehemals vermeintlich linken Inhalten (Selbstbestimmungsrecht der Völker/Menschenrechte), wird der Angriffskrieg ideologisch legitimiert
- an der Entwicklung der Grünen läßt sich exemplarisch eine erneute Phase gesellschaftlicher Integration ehemaliger Linker beobachten
- über die zunehmende Integration von "NGO"-Arbeit in Entscheidungsprozesse, was nebenbei das Prinzip der parlamentarischen Interessensvertretung legitimatorisch aufwertet

Ausgehend von dieser gesamtgesellschaftlichen Situation und dem Faktum, daß linksradikale Politik sich weder zum Krieg verhalten hat, noch sich aktuell bezüglich der Entschädigungsfrage verhält, und stattdessen während des Kosovo-Krieges die identitären gegenseitigen Abgrenzungsrituale der vornehmlich wahrnehmbare Inhalt ihrer Auseinandersetzungen darstellte, so wird deutlich, wie notwendig und wichtig erst einmal hier regional in Berlin der strukturierte gemeinsame Austausch ist, welcher die vielfältigen Interessenslagen der verschiedenen Teilbereiche und seiner Akteure berücksichtigt.

Das Ingangsetzen von Diskussionsprozessen, die auf diese Defizite hinweisen und sie zu überwinden suchen, ist momentan eine der brennensten Aufgaben, bevor sinnvoll über Rahmen und Bedingungen von neuen gesellschaftlichen Bündnisbildungsprozessen nachgedacht werden kann. Mit Diskussionsprozessen ist nicht der WG-Küchentisch als Rahmen gemeint, sondern ein Verständigungsprozeß in einem organisierten Rahmen, wie z.B. auf einem Maulwurftreffen, einer Nachdiskussionsstruktur eines Verstärkerkongresses, usw. Dieses Treffen ist hinsichtlich dieses Ziels nicht das erste, es soll aber auch nicht als ein weiterer gescheiterter Versuch in die linksradikale Regionalgeschichte eingehen. Wir wollen versuchen diese Art von teilbereichsübergreifenden Treffen in geeigneter Form und mit attraktivem Inhalt zu institutionalisieren. Das kann keine Konsumveranstaltung sein. Alle, die es richtig und wichtig finden, daß es einen funktionierenden Rahmen gibt um Perspektiven linksradikaler Politik nicht nur innerhalb ihrer Klein(st)-Gruppen und als Einzelpersonen zu diskutieren, sollten sich in einer für sie annehmbaren Form beteiligen. Widerstand braucht Kontinuität.

In diesem Sinne folgen nun die Thesen für das nächste Treffen am 11.12.99, welches neben den teilbereichsspezifischen Diskussionen in den verschiedenen AG's als gemeinsamen roten Faden das Thema "Formen der politischen Intervention - Reflexionen über Ziel und Erfolg linksradikaler Praxis" zum Thema haben wird.

### 1.1 *Rahmenbedingungen zur Bewertung von Interventionen*

Je nach Teilbereich liegt ein unterschiedliches Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Akteuren vor (Widerstand, seine Gegner und die potentiell zu gewinnende Öffentlichkeit). Dieses Verhältnis bestimmt das Kampfterrain, innerhalb dessen mittels Bündnissen, Kompromissen, Abgrenzung und/oder Konfrontation agiert wird. Das kann sich auf die Szene selbst beschränken, einen Teil der interessierten Öffentlichkeit miteinbeziehen, in die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit hineinwirken etc.
Innerhalb dieser Terrains treffen die verschiedensten Positionen in fortlaufenden und sich ständig verändernden Konstellationen aufeinander. Eine definitive Bewertung des Erfolgs verschiedener Vorgehensweisen nach dem Prinzip Ursache-Wirkung (z.B. .Wenn wir genug Aktionen machen, dann wird die Köpi nicht versteigert")läßt sich in der Regel nicht treffen, allenfalls läßt sich abschätzen, welche möglichen Effekte die zur Auswahl stehenden Handlungen haben.

### 1.2 *An wen bzw. gegen wen richtet sich unsere Politik?*

Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt sind linksradikale Ansätze nicht mehr. Aus der derzeitigen Minderheitsposition heraus gilt es die Leute zu finden, mit denen wir zusammenkommen können, um gegen die HERRschenden Verhältnisse wieder ein nicht zu ignorierender Faktor zu werden. D.h. wir sollten uns an allen Mobilisierungsversuchen beteiligen, die nach einer gemeinsamen politischen Einschätzung ein gesellschaftsveränderndes emanzipatorisches Potential wecken, wiederbeleben und fördern. Trotz der darin liegenden Widersprüchlichkeit ist es notwendig, gleichzeitig sozial marginalisierte, stigmatisierte Menschen, also die "Betroffenen" zu mobilisieren und auf der anderen Seite die linksliberale Öffentlichkeit zu ersetzen, wie dies tendenziell in der Antira-Arbeit passiert, oder sie, die häufig in gesellschaftlichen Machtpositionen sitzen, an ihre ehemaligen Grundsätze und ihr "Gewissen" zu erinnern, um dies politisch zu verwerten. Die eine, richtige, Strategie gibt es derzeit nicht.
Genauso verhält es sich mit dem Schwerpunkt der Wahl unserer Gegnerinnen. Richtet sich unsere Politik gegen den Staat und "das System" und die Personen, die dies tragen, stützen und verkörpern oder geht es gegen den Rassismus, Sexismus und die Spießigkeit der kleinen Leute, gerade hier in Deutschland? Sei es in unserer Theorie, unserer Praxis, in unseren Aktionen und in unserem Alltag, keines der genannten Felder dürfen wir unberücksichtigt lassen. Ein arbeitsteiliges Vorgehen erscheint da durchaus angebracht. Unser derzeitiges Nahziel ist eine höhere Mobilisierung.

### 1.3 *Bündnispolitik-oder mit wem erreiche ich mein Ziel?*

Bündnispolitik setzt einen eigenen, klaren Standpunkt und eine gewisse Stärke voraus, von wo aus verhandelt und dann (selbstverständlich auch ganz taktisch) ein Bündnis eingegangen werden kann. In diesem Sinne sind derzeit die wenigsten Strukturen bündnisfähig. Die Art und Weise wie Auseinandersetzungen innerhalb der linksradikalen Szene geführt werden, lassen vermuten, daß schon die Bündnisse untereinander auf sehr dünnem Grund basieren. Erfolg und Mißerfolg eines Bündnisses bemißt sich auch nach seinen Zielen. Nicht nur, daß klare und allgemein vermittelte politische Standpunkte oft fehlen, mit wem bis zu welcher Grenze zusammengearbeitet werden kann, es sind auch die informellen Strukturen, die Zusammenarbeit auf der Basis persönlicher Sympathie und Vertrauen ermöglichen oder nicht Zustandekommen lassen. Mit einer klaren politischen Haltung, unversöhnlich gegenüber Unterdrückung und Ausbeutung, ihren Mitteln und Vollstreckern, sind Kompromisse und Bündnisse ein Teil politischer Praxis, wenn klar ist, warum welche Zugeständnisse gemacht werden. Bündnisse/Kompromisse, falsch verstanden als Verleugnen und oder beliebigem Verändern der eigenen Haltung, sind lediglich ein wirkungsloser und im schlimmsten Falle ein verheerender politischer Eiertanz.
Aber zwischen (radikalem) Reformismus und revolutionärer Phraseologie gibt es durchaus verhandelbare und erkämpfbare Positionen. Mit geschickt eingesetzte Mittel können solche Positionen durchaus eine politische Bedeutung entfalten. (z.B. die Arbeit des AOK -Teil eines breiten Bündnisses gegen Berlin 2000 oder der militante AKW-Widerstand als kleiner Teil einer politischen Bewegung) Unsere Ziele sind damit aber noch lange nicht erreicht.

### 1.4 *Zwischen Aufklärung, Mobilisierung, Provokation und gezielter (militante) Störung*

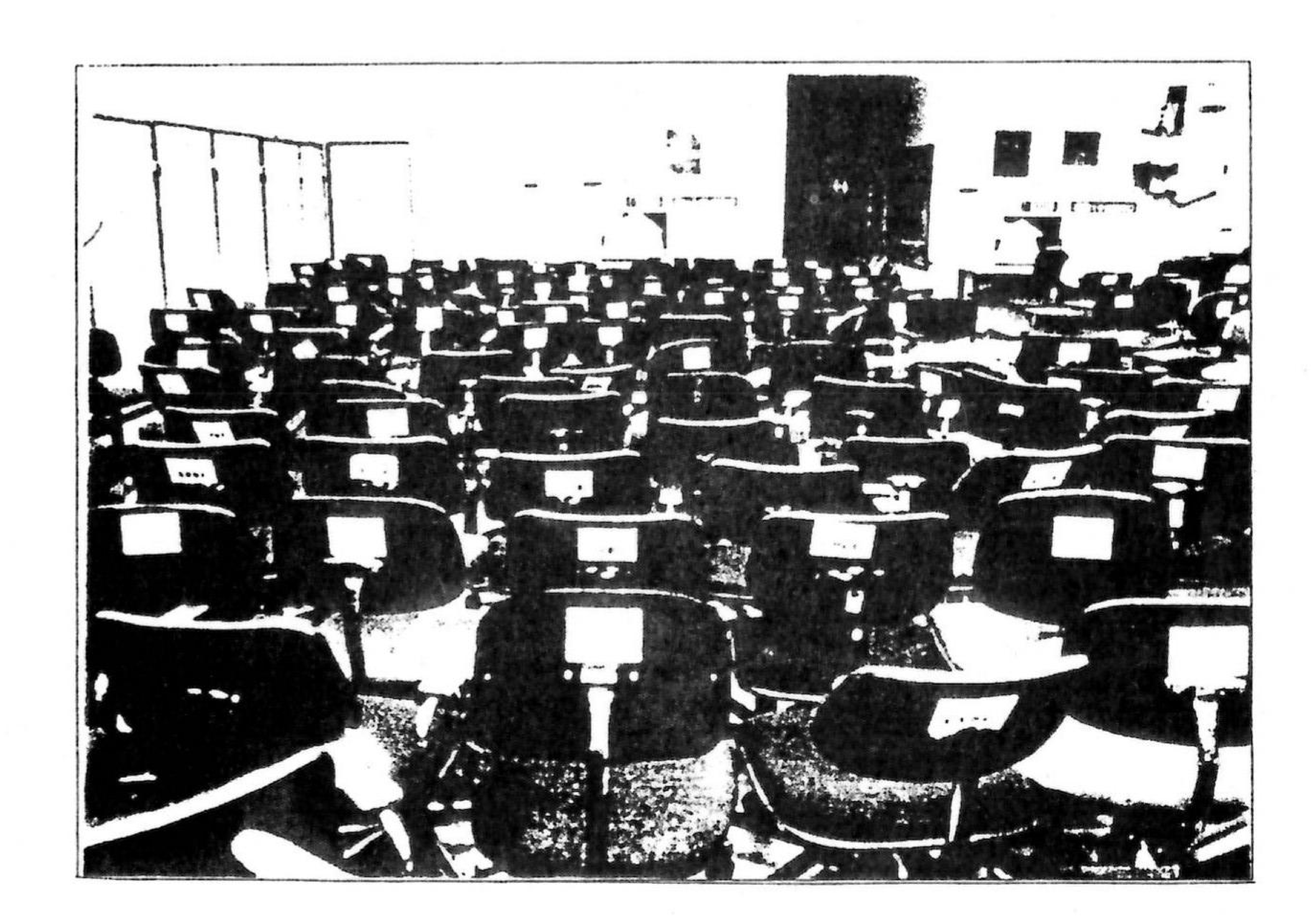
Die Wahl der Aktionsform hängt von der Frage ab, was jeweils damit erreicht werden soll. Aufklären und um Verständnis für ein gutes Anliegen werben? Provozieren, um zum Nachdenken anzuregen? Stören und die eigene Stärke (wenn denn vorhanden) einsetzen, um Dinge tatsächlich zu verhindern? Oder wenigstens symbolisch zeigen, daß es Menschen gibt, die mit diesem oder jenem nicht einverstanden sind?
Bewerten wir den politischen Erfolg unserer Aktionen ausschließlich am Erreichen der Interventionsziele (Aufklärung, Mobilisierung, Provokation, etc.) oder spielen auch andere eher subjektive Aspekte wie neue Motivation schöpfen, gemeinsames Stärkegefühl oder sozialer Zusammenhalt eine wichtige oder gar entscheidende Rolle?

1.) Linksradikale Politik ist damit konfrontiert, daß ihr Einfluß auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse zunehmend geringer wird. Einmal erkämpfte politische und soziale Errungenschaften gehen verloren und markieren die neu entstehenden Bedingungen unter denen zukünftig Politik gemacht werden kann. Die im linksradikalen Kontext fehlende "generationsübergreifende" Bezugnahme und Kontinuität wird sichtbar im Verlust an Wissen sei es in Theorie, Analyse oder Praxis. Dem **Diskurs**; als der den politischen Entscheidungen vorgelagerter Prozeß, kommt immer größere Bedeutung zu. Im Gegensatz zu unseren unzureichenden Lernprozessen, beobachten und analysieren die Protagonisten von Ausbeutung und Unterdrückung systematisch die Formen sozialen Protestes und erweitem ihr Repressions- und Befriedungs-instrumentarium tagtäglich. Es wäre daher zu fragen, innerhalb welches Bezugsrahmens linksradikale Positionen ihre derzeitige Wirkung haben und entfalten und wie, mit welchen Mitteln und an welcher Stelle eine Wirkung erzielt werden soll. Welche Kräfte und Möglichkeiten stehen uns in den jeweiligen Diskursen (sei es der Szenediskurs, regionalpolitisch oder, oder oder) zur Verfügung und lassen sie sich, und wenn ja wie, bündeln?

2.) Die Zeiten der aufklärerischen Wirkung von **Demonstrationen** sind vorbei, wir werden zahlenmäßig weniger, gesellschaftlich kaum wahrgenommen und scheinen selbst nicht zu merken, wie begrenzt unser Einfluß auf die gesellschaftlich relevanten Entscheidungsprozesse ist. Viele Demonstrationen greifen in diese so gut wie gar nicht ein. Zu bestimmten Anlässen ist es sicherlich sinnvoll und auch notwendig über Demos sichtbar zu machen, daß es Widerstand gegen bestimmte politische Entwicklungen in diesem Land gibt. In Zeiten, in denen unsere Stärke auf der Straße begrenzt ist, sollten wir sehr genau überlegen wann und warum wir auf dieses Mittel zurückgreifen.

**3.) Imageschädigende Interventionen** dürften, im Gegensatz zu Aktionen, die glauben derzeit eine andere Politik faktisch durchsetzen zu können, eine angemessene Einschätzung darüber haben, was heute unter den gegebenen Bedingungen ein erfolgreiches, weil erreichbares Ziel formulieren. Auch sie setzen ein genaues Recherchieren, Analysieren, kreatives Denken und Handeln voraus, das sich erstmal angeeignet werden muß. (Wie wäre es z.B. mal, die Geschichte, wirtschaftliche Bedeutung und Rolle im .deutschen Wirtschaftswunder" von Firmen, die Zwangsartleiterinnen beschäftigt haben, systematisch zu analysieren?)

Und als Lese- und Vorbereitungsempfehlung:
-INTERIM-Sonderheft März '98: „Wo ist Behle?" Insbesondere die ersten vier Kapitel, in denen die verschiedensten autonomen Aktionsformen und deren Funktion kritisch unter die Lupe genommen werden.
-ALASKA 2/99: ‚150°West, 60°Nord. Eine Standortbestimmung jenseits vom Neuem Internationalismus". Eine Zusammenfassung und Aufarbeitung linksradikaler Politik, die nicht nur für internationalistische Arbeit einen hohen Gebrauchswert hat.



# 150°West, 60°Nord
# Eine Standortbestimmung jenseits vom Neuen Internationalismus

*Alaska-Redaktion*

Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus heißt, die Frage nach Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) in einem weltweiten Rahmen zu sehen und zu stellen. Internationalismus heißt gleichzeitig, die heutige Ordnung der Welt nicht nur als ein Bündel von Problemen, sondern als eine herrschaftsförmige Ordnung zu sehen - eine Ordnung, die auf der Geschichte der kolonialen und imperialistischen Unterwerfung der Welt durch die Länder des Nordens beruht, aber auch auf der Geschichte des Widerstands und der Emanzipation hier wie dort. Internationalismus bejaht das prinzipielle Recht der Menschen auf Selbstbefreiung und die Notwendigkeit, sich dabei gegenseitig zu unterstützen, über die Grenzen von Nationen und wirtschaftlichen Blöcken hinweg.

Soviel ist immer noch richtig. Internationalismus bedarf heute jedoch einer Neubestimmung angesichts einer veränderten Weltlage; er bedarf auch einer kritischen Neubegründung hinsichtlich dessen, was man sich unter Emanzipation vorgestellt hat und zukünftig vorstellen soll. In den Diskussionen um einen „Neuen Internationalismus", die um 1992 herum geführt wurden, ist eine solche Neubestimmung begonnen worden, gleichzeitig wurde ihr jedoch auch ausgewichen. Ein postmoderner Internationalismus muß an diesen Debatten anknüpfen und über sie hinausgehen.

Als veränderte Rahmenbedingungen für internationalistische Politik in den letzten Jahren werden meist übereinstimmend genannt (das sind aus unserer Perspektive bei weitem nicht alle, aber die, über die man sich allgemein einig ist):

- der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und damit das Ende der Systemkonkurrenz;
- das Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen, jedenfalls bei dem Versuch, eine neue, zukunftsweisende gesellschaftliche Ordnung im eigenen Land zu etablieren;
- eine von den Transnationalen Konzernen und Banken getragene weltweite Integration und Flexibilisierung der Produktion, die die Verhandlungsmacht von Arbeit untergräbt, die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten schwächt, und in der Marginalisierung und Ausschluß eine stärkere Drohung zu sein scheint als Ausbeutung;
- die ökologische Unhaltbarkeit des bisherigen globalen Entwicklungsmodells.

Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß sowohl die Politik der realsozialistischen Staaten, als auch der nationalen Befreiungsbewegungen, als auch der Internationalismusbewegung Teil eines Emanzipationsmodells war, das heute nicht mehr akzeptabel ist. Selbst wenn wir von den Fällen absehen, wo in rein zynischer Weise auf Sozialismus, Befreiung und Internationalismus Bezug genommen wurde (vom „Sozialismus" Rumäniens über die „nationale Befreiung" Kambodschas bis zur Selektion nach jüdischen und nichtjüdischen Passagieren an Bord eines unter Mitwirkung deutscher Linker entführten Flugzeugs), bleibt festzuhalten, daß auch der „Normalfall" dieses Emanzipationsmodells patriarchal und autoritär war und in vielerlei Hinsicht Unterdrückungsstrukturen legitimiert und Emanzipation verhindert hat.

Von den „Modellstaaten" ist keiner geblieben. Von einigen ist heute unverständlich, wie sich die Internat-Bewegung teilweise so positiv drauf beziehen konnte, z.B. China. Auch diejenigen, die wir immer noch als positive Beispiele verbuchen würden, wie Kuba, Nicaragua, Uganda zeigten die typischen Elemente einer tendenziell autoritären Verfassung und einer tendenziellen Ignoranz gegenüber indigenen Bewegungen, Feminismus, Homosexualität, etc. (Dabei ist es eine im Einzelfall zu führende, notwendige Diskussion, welche Autoritarismen in der revolutionären Situation schwer vermeidbar oder historisch alternativlos waren, und für welche das sozialistische Emanzipationsmodell oder ein direktes Herrschaftsinteresse verantwortlich waren.)

Das Pathos, mit dem die internationale Befreiung gefeiert wurde, war dasselbe, mit dem feministische Emanzipation beiseitegewischt wurde. Während die Theorie vom „Hauptwiderspruch" Kapital-Arbeit in der Internationalismus-Bewegung immer kritisiert wurde, hält sich bis heute die Neigung, sich einer „Hauptaufgabe" zu widmen, der gegenüber die multiplen Unterdrückungsstrukturen dann doch bloßes Beiwerk sind. Die Sehnsucht, die Rückkehr zu den „harten Fragen" möchte wieder mehr Eindeutigkeit und Orientierung bringen, scheint gerade in letzter Zeit wieder zuzunehmen.

Die Internationalismus-Bewegung hat sich an der Suche nach Ansätzen beteiligt, die diese Situation überwinden, z.B. durch die Rezeption des Triple-Oppression-Ansatzes oder die Auseinandersetzung mit der Subsistenztheorie. Die internationalistische Debatte ab 1992 hat Wesentliches zu einer Neubestimmung linker Politik beigetragen. Sie hat es jedoch bis jetzt nicht geschafft, ein erneuertes Modell politischer Utopie und Strategie hervorzubringen, das gegenüber der erfolgten Kritik und Selbstkritik Bestand hat und auch in den eigenen Zusammenhängen, ihrer Alltagsebene, als revolutionierende Kraft spürbar wird.

### Vom Neuen Internationalismus ...

Seit den Zeiten von 68, besonders aber in den letzten 20 Jahren sind die traditionellen Vorstellungen darüber, was linke und internationalistische Politik ist, in vielfacher Weise kriti-

siert und zu Recht revidiert worden. Einige dieser Revisionen sind:

- Es gibt nicht das „revolutionäre Subjekt". Emanzipative Prozesse entfalten sich entlang der umfassenden, alle Lebensbereiche und Wahrnehmungsebenen betreffenden, Politisierung des Subjekts als Unikat.
- Das Konzept der Avantgarde ist am Ende. Die Herrschaftsverhältnisse durchziehen uns alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Wir alle haben uns in Selbstveränderungsprozesse einzubringen und nicht Führung, sondern Selbstbestimmung ist gefragt. Linke Dominanzkultur hat viele Befreiungsansätze zerstört.
- Es gibt keinen Hauptwiderspruch. Elementar ist die Vernetzung und historische Dynamik von Herrschaft zu verstehen, wie auch ihren Doppelcharakter von Ausgrenzung wie auch Integration. Wir sehen mehr als Kapitalismus, aber auch mehr als Kapitalismus, Rassismus und Sexismus.
- Es funktioniert nicht, die zentrale Staatsmacht zu übernehmen und dann die Gesellschaft von oben emanzipativ zu gestalten. Die Macht hat viele Zentren, und Emanzipation muß im Wesentlichen aus der Gesellschaft heraus erfolgen, von staatlicher Politik nur flankiert.
- Fortschritt/Entwicklung ist nicht per se progressiv. Ökonomische Modernisierung entfaltet nicht automatisch demokratisch-sozialistische Potentiale. Ganz im Gegenteil stellt sie häufig eine Form von sozialem Krieg und politischer Unterwerfung dar.
- Es gibt keine „Objektivität", von der aus man erkennen kann, wie die Lage anderer ist und was sie brauchen.
- Demokratisierung, Gleichheitspolitik, Identitätspolitik (also interne Gleichheit in der Gruppe) sind in hohem Maße problematisch, weil sie gegenüber den neueren „abstrakten". Unterdrückungsformen (also „entgeschlechtlichtes" Patriarchat, „räumlich entgrenzter" Norden, „entfärbter" Rassismus etc.) mindestens wirkungslos sind bzw. diese sogar untermauern.
- Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung, „rationale Bedürfnisbefriedigung" ist nicht der Schlüssel zu linker Politik. Derartige Konzepte haben erstens enge Grenzen, weil z.B. eine totale Kollektivierung von Reproduktion weder möglich noch wünschenswert ist, und können zweitens für sehr unterschiedliche Programme genutzt werden, verbürgen also keineswegs Emanzipation.

### ...: zur postmodernen Kritik

Diese Revisionen sind in der Debatte um „Neuen Internationalismus" bereits gesehen und vollzogen worden. Ihre Hauptkonsequenzen waren,

- den Widerstand gegen die Verhältnisse im eigenen Land zu betonen,
- die Gleichberechtigung verschiedener Unterdrückungsstrukturen praktisch anzuerkennen und
- den Industrialismus des Nordens nicht mehr als das eine, von allen anderen nachzuvollziehende Entwicklungsmodell zu sehen.

An den traditionellen linken Vorstellungen von Emanzipation wurde jedoch nicht gerüttelt. Linke Politik ist traditionellerweise von einer Emanzipationsvorstellung getragen, die typisch „modern" gedacht ist. Diese klassischen, „moderne" Vorstellung von Emanzipation und ihrer „Radikalität" beinhaltete:

- Zwischen den Verhältnissen und der emanzipativen Bewegung gebe es einen radikaler Bruch, eine absolute Trennung.
- Emanzipation ist total, sie kann und muß jeden Lebensbereich und jeden gesellschaftlichen Bereich erfassen, sonst ist sie nicht „radikal".
- Wirkliche Emanzipation hebt Ungleichheit auf, auch das Problem ungleicher Macht. Deshalb macht wirkliche Emanzipation jedes Nachdenkens über Repräsentation und Macht „hinterher" überflüssig.
- Befreiung ist die „Freisetzung" von etwas, was es schon gibt und sich aus den Verhältnissen befreit (wie wenn es nicht auch von den Verhältnissen geprägt und darum auch zu verändern wäre).
- Emanzipation geht den Kern der Sache an, die „wirkliche Ursache" von Herrschaft und Ungleichheit.
- Ist diese Ursache beseitigt, regeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit der Vernunft, sie „optimieren" sich.

Es ist der Glaube an diese Vorstellungen, der durch die postmoderne Kritik erschüttert wird. Auch dies ist keine akademische Frage. Hier liegt z.B. begründet, wieso die Kritik und Bearbeitung interner Herrschaftsverhältnisse in fast allen Zweigen der Emanzipationsbewegungen so schwierig war - von den sozialistischen Staaten bis zur Frauengruppe, vom Black Movement bis zur Internationalismusbewegung selbst. Die „radikale Trennung" ist immer auch ein patriarchales Konzept, z.B. weil sie die eigene Führung unangreifbar macht und deren Totalverwaltung der eigenen Ressourcen legitimiert. Die „radikale Trennung" sieht auch von den Notwendigkeiten der Reproduktion unter den gegebenen Verhältnissen ab und ist deshalb patriarchal - Frauen können diese Notwendigkeit nicht in gleicher Weise ignorieren, schon deshalb weil sie sich in höherer Weise für Kinder verantwortlich fühlen, aber auch deshalb, weil z.B. die meisten Männer unter Bedingungen Politik machen, unter denen die meisten Frauen weder leben noch arbeiten können. Die „radikale Trennung" legitimiert die interne Vorherrschaft derer, die sich „am radikalsten freimachen können", und das sind allemal Männer.

Die klassische Vorstellung legt also immer eine Idee von „Radikalität" nahe, die patriarchal ist, für selbstrechtfertigende Gewalt und interne Herrschaft offen, und von der eine gerade Linie zur „Mensch-oder-Schwein"-Dialektik der RAF führt. Es geht im Gegensatz dazu nicht darum, sich mit „weniger Radikalität" zufrieden zu geben. Ganz im Gegenteil hat das klassische Emanzipationsdenken dazu geführt, weite Bereiche unangetastet zu lassen und eben nicht zu revolutionieren; es hat aus der Befreiung eine höchst oberflächliche Angelegenheit gemacht. Es geht also um einen Begriff von „radikal", der sich nicht an der maximalen Abgrenzung von allem Bestehenden bemißt, aber der auch nicht darin wetteifert, die „wirklichste Ursache" zu finden; sondern der sich an der Konsequenz bemißt, mit der alle Verhältnisse erfaßt werden, und der Offenheit, Kritik an Herrschaft zu ermöglichen, wo immer sie sich etabliert.

Ein postmoderner Emanzipationsbegriff beinhaltet, daß Befreiung etwas Prozesshaftes ist und keine Einpunkt-Revolution, und daß nie der Punkt erreicht wird, wo Emanzipation prinzipiell „nicht mehr nötig" wäre. Ferner ergibt sich daraus

die Forderung, aus der linken Szene und Subkultur herauszutreten und die ideologische Selbstisolierung zu überwinden. Die nichtlinken Menschen sind nicht die „Masse" oder das „Volk", den „Unreinen" stehen nicht die pc-gerechten, reinlehrigen Linken gegenüber. Befreiung ist keine saubere Sache. Wir alle bewegen uns in unseren Widersprüchen, in den gesellschaftlichen Normräumen und stehen vor dem Spannungsverhältnis von individueller und kollektiver Befreiung. Revolutionäre Politik beginnt im Hier und Jetzt und kann auch keine Vertröstungspolitik sein nach dem Muster „Politik jetzt, Lebensfreude später".

### Die Debatte seit 1992

Eine postmoderne Kritik und Erneuerung der Vorstellung von Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) ist etwas gänzlich anderes als die ebenfalls anzutreffende Praxis, die Frage nach Herrschaft und Befreiung einfach aufzugeben. Die „neuen Diskurse", die an die Stelle des gescheiterten Entwicklungsbegriffs getreten sind - Neue Weltordnung, Zivilgesellschaft, Globalisierung, Nachhaltigkeit und „Kultur" - tun genau das. Sie gehen geradezu mit den Fehlern und Katastrophen der heutigen Weltordnung hausieren, um einen Effekt des „allgemeinen Problemlösens" zu erzeugen, das aber die Herrschaftsverhältnisse ausspart.
Die einzelnen Teile der Internationalismus-Bewegung gehen damit unterschiedlich um. Gemeinsam ist ihnen immer noch eine mehr oder weniger starke Kapitalismuskritik, deren Facettenreichtum aber heute deutlich mehr Unterschiede als Parallelen aufweist. Die Interessensgemeinschaft der sozialen Bewegung und deren Leitthemen, wie sie in den 80er Jahren existierte, hat sich aufgespalten. Während sich die einen (die Kapitalismusreformer) Globalisierung, Nachhaltigkeit oder Zivilgesellschaft zu ihren Themen erkoren haben, arbeiten sich die anderen an der neuen Weltordnung bzw. heute am Neoliberalismus ab und lehnen nach wie vor das kapitalistische System grundsätzlich ab. Im Vordergrund stehen bei allen die Marktstrukturen, bzw. die ökonomischen Zusammenhänge. Die anderen Unter-drückungsmechanismen wie Rasse und Geschlecht werden dem untergeordnet. An der Entwicklung eines Herrschaftsbegriffs, der alle Unterdrückungsstrukturen bearbeitet und sie als komplexes System sieht, hält nur ein kleiner Teil innerhalb der widerständigen Kräfte fest.

Das ist auch die Folge von Demokratisierung und Integration. Innerhalb der Modernisierung von Herrschaft, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wurde durch das partielle Einbeziehen von diskriminierten Gruppen und deren Inhalten, aber auch den ökonomischen und politischen Druck („partizipier' oder stirb") die soziale Bewegung gespalten. Ergebnis ist, daß sich die Bewegung mitmodernisiert hat, Reibungsflächen verschwunden sind und es schwerer geworden ist, in der Perspektive zwschen Machterhaltung und Abbau des Zugriffs zu unterscheiden.
Die Klammer der verschiedenen Ansätze und Bewegungssegmente ist immer noch der Antikapitalismus. Diese Klammer ist jedoch eine Leerformel. Es ist weitgehend anerkannt, daß das Kapital kein Haufen von Produktionsbesitz oder Finanzmitteln ist, sondern ein soziales Verhältnis. Es ist immer historisch und konkret, immer durch die Gesamtheit der Unterdrückungsstrukturen bestimmt, und nicht durch den einen Kunstgriff mit einem Ruck aufzuheben. Es klingt daher zwar gut, sich in der Bewegung gegenseitig mangelnden Antikapitalismus vorzuwerfen, in Wirklichkeit war aber nie zuvor unklarer, was damit eigentlich gemeint sein soll - die Verstaatlichung der großen Produktionsmittel allein kann es wohl nicht sein, was aber dann?
Eines der Felder, wo diese Unklarheit unlösbare Debatten hervorbringt, ist die Debatte um den Neoliberalismus. Ist der Neoliberalismus eine exzessive Form des Kapitalismus, oder ist er die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität nach dem Ende der Systemalternative? Die Frage läßt sich so nicht sinnvoll beantworten, weil es einen „kapitalistischen Normalfall" eben nicht gibt, und weil der Griff nach besonders brutalen Marktinstrumenten und die Instrumentalisierung der Konkurrenz von Nationen sowohl erfolgt, weil das möglich und profitabel ist, als auch, weil sich vorher relative Grenzen des Kapitalverhältnisses (umfassend gedacht) ergeben haben.
Die Neoliberalismus-Debatte verweist, ebenso wie das Dilemma des Radikalen Reformismus und bestimmte Aspekte der Chiapas-Debatte, auf die zentrale Leerstelle linker Erneuerung: nämlich die Bestimmung dessen, was eine Politik der Emanzipation ausmacht, die der Logik der Kapitalverwertung und verwertenden „Optimierung" entgegengestellt werden kann. Diese Leerstelle wird durch abstrakten Antikapitalismus nur schwach verdeckt, und um sie zu füllen, ist nicht antikapitalistischer Scheinradikalismus entscheidend, sondern die Breite und Konsequenz des emanzipativen Ansatzes. Dass nicht alles, was aus sozialen Bewegungen heraus gefordert und durchgesetzt wird, emanzipativ ist, dürfte nämlich allgemein klar sein (z.B. aus der Kritik der Gewerkschaftsbewegung oder dem Charakter sozialer Reformen in den Metropolen als Privilegienverteidigung). Es ist richtig, die Aufstandsbewegung in Chiapas als Suche nach einer emanzipativen Konzeption zu interpretieren, die den Revisionen am klassischen Politik- und Emanzipationsbegriff gerecht wird. Dies macht aber nur Sinn, wenn diese Konzeption auch formuliert wird, und sei es in Umrissen, und ihre „Übersetzung" (nicht schematische Übertragung) auf unsere Verhältnisse hier gesucht wird, was in der Regel nicht geschieht.
Dem Problem läßt sich auch nicht durch einen Streit über die Wahl des revolutionären Subjekts entkommen, wie er zwischen antinationalen Positionen und dem Bemühen um ein Wieder-Andocken an die Soziale Frage hierzulande geführt wird. Es gibt weder ein total gerechtfertigtes noch ein total verworfenes Subjekt. Das „antinationale Dilemma" läßt sich nur lösen durch eine Verschiebung der Fragestellung: Nicht „mit wem kann/will man/frau noch Politik machen?", sondern „welche emanzipative Konzeption wollen wir in alle Verhältnisse einbringen?"

### Grundrisse einer Neubestimmung

Die Notwendigkeit einer Neubestimmung ist keine Aufgabe, die sich nur für den Internationalismus stellen würde. Es ist die Frage nach einer Neubestimmung dessen, was heute links, was heute Emanzipation ist. Es funktioniert nur auch keine internationalistische Politik mehr, die zu dieser „allgemeinlinken" Frage keinen Entwurf hat - die Zeit des Drunterdurchtauchens („Wir machen Nicaragua und G8 und warten

ab“) ist vorbei.
Emanzipation heißt, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Regeln freier Kooperation einzufordern und durchzusetzen. Soziale Verhältnisse in freier Kooperation regeln, heißt

- daß den historisch überkommenen Verteilungen und Regelungen von Arbeit und Verfügungsgewalt kein höheres Recht zukommt, sondern sie von den Beteiligten jederzeit und ohne Ausnahme zur Disposition gestellt werden können;
- keine anderen „natürlichen“ oder „vernünftigen“ Regeln anzuerkennen als die, daß alle Beteiligten das gleiche Recht haben sollen, auf die Regeln einer Kooperation Einfluß zu nehmen, indem sie ihre eigene Mitwirkung einschränken, unter Bedingungen stellen oder notfalls ganz aufgeben;
- soziale Verhältnisse so zu gestalten, daß alle Beteiligten diese Einflußnahme zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis praktizieren können.

Ein solches Konzept geht vom Konflikt als Normalfall aus und von Emanzipation als Realität und Notwendigkeit, die durch keine spezifische „Ordnung“ ein für allemal überflüssig gemacht werden kann und die sich eben darüber vollzieht, die Bedingungen der Kooperation praktisch in Frage zu stellen, was durch keine noch so „gleiche und vernünftige Diskussion“ aller Beteiligten jemals ersetzt werden kann. Ein solches Konzept ist leitmotivisch für alle sozialen Verhältnisse - vom Staat bis zur Beziehung, von der Institution bis zur politischen Organisation, vom Nord-Süd-Verhältnis bis zum Miteinander von verschiedenen Bewegungen.
Wir sind der Meinung, daß in den verschiedenen Diskussionsprozessen, in denen die Revision des klassischen Emanzipationskonzepts betrieben worden ist, auch die wesentlichen Ziele einer derzeitigen Orientierung inzwischen beschrieben worden sind und daß es dabei ein gewisses Maß an Übereinstimmung bereits gibt, wenn auch in z.T. ganz unterschiedlichen Begriffen und Formulierungen. Wir sehen das Folgende daher nicht als vorzuschlagendes „schlaues Konzept“, sondern als Sichtbarmachen dessen, was sich jenseits des alten Konzeptes bereits herausgeschält hat.

**a) „Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten“**

Die zukünftige Orientierung kann sich nicht darauf richten, mit den vorhandenen Strukturen und Herrschaftsinstrumenten „was Gutes zu machen“, sondern muß sich auf den Abbau der Instrumente richten, mit denen der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit organisiert wird. Dieser Abbau muß z.T. schrittweise, aber mit klarem Ziel des Verschwindens erfolgen, was mit „Abwicklung“ gemeint ist. In der Diskussion um Nachhaltigkeit haben wir diesen Prozeß „Abwicklung des Nordens“ genannt, was aber beinhaltet, „Norden“ nicht nur im Sinne von Nord-Süd-Verhältnis zu sehen, sondern als ein Herrschaftsmodell, das sich in allen Teilverhältnissen weltweit findet. Diese Abwicklung beinhaltet:

- Die prinzipielle Ablehnung von gewaltförmiger Intervention. Das gilt für Interventionen gegenüber Dritte-Welt-Staaten, bedeutet aber z.B. auch, eine „deeskalierende“ statt nur verrechtlichende Migrationspolitik zu fordern und durchzusetzen, die eben auch dekriminalisiert und die vielfältigen Formen gewaltförmiger Intervention abbaut, usw.
- Der extern orientierte, „globale Sektor“ soll nicht ausgebaut, sondern im Verhältnis zu den Binnenprozessen zurückgeführt und seine Dominanz gebrochen werden. Das gilt für ökonomische Makropolitik ebenso, wie für jedes „alternative Projekt“ und für jede soziale Kooperation.
- Eine Deprivilegierung der formalen Arbeit soll durchgesetzt werden. Qualifizierte Lohnarbeit, die weder prekär, noch entrechtlicht oder illegalisiert, noch biographisch zerstückelt oder in ein hohes Maß „informeller“ Arbeit eingebettet ist, ist Sache einer soziologischen Minderheit, deren Privilegien weit über die unmittelbare Bezahlung hinausgehen. Hier herrscht eine moderne Diskriminierungsform, mit der es zu brechen gilt, weil über sie massiv Zwang ausgeübt wird.
- Eine Aneignung von Räumen und Zusammenhängen „von unten“ soll vorangetrieben werden. Diese Räume und Zusammenhänge werden aktuell nach Maßgabe „positiver Teilnahme am Verwertungsprozeß“ vergeben, was nicht einfach Ausfluß kapitalistischer Logik ist, sondern ein zentrales Instrument zu ihrer Durchsetzung.
- Formen direkter Überlebenssicherung ist der Vorzug zu geben vor den Formen „verumständlichter Reproduktion“, mit denen massive Abhängigkeiten geschaffen werden (und es sollen solche Formen auch selbst aufgebaut werden). Dabei geht es nicht nur um die Produktion des unmittelbar materiell Lebensnotwendigen und seine Gefährdung durch Markt und Technologie, sondern z.B. auch um alle Qualitäten von Gesellschaftlichkeit, die nach herrschender Konzeption nur am Ende eines totalen Umwälzungs- und Verwertungsprozesses entfaltet werden können, bzw. nur nach dem Maßstab der Teilnahme an diesem Prozeß „spendiert“ werden.

**b) „Politik der Beziehungen“**

Die Idee der Abwicklung hat ihre Defizite darin, daß sie strategische Ziele als überwiegend negative beschreibt („weniger von...“), bzw. als abstrakte Kriterien. Für eine Vergesellschaftung von unten reicht das aber nicht aus, sie ist ein kreativer Prozeß, in dem für die verschiedenen Fragen und Widersprüche jeweils Lösungen gefunden werden müssen. Das mögen auch technische und ökonomische sein, es sind vor allem aber auch soziale. Wesentliche Elemente einer solchen Zielbestimmung, die z.B. für die Praxis eigener Organisationen und Kooperationen gelten sollen, aber auch allgemein für soziale Verhältnisse leitmotivisch sein sollen, sind vielfach unter dem Begriff einer „Politik der Beziehungen“ diskutiert worden. Dazu gehört:

- Verhältnisse nach dem Prinzip des Verhandelns zu organisieren. Dies grenzt sich gegen das Prinzip ab, aufgrund erkannter „richtiger“ Strukturen (seien sie effizienzorientiert oder besonders „demokratisch“) durchzuziehen, anstatt sich auf den schwierigeren Prozeß des Aushandelns der Bedingungen der Kooperation einzulassen - insbesondere über unterschiedliche Emanzipations- und Unterdrückungsgeschichten hinweg.
- Eine Praxis der Anerkennung zu entwickeln. Das heißt, Differenzen anzuerkennen, aber dabei nicht stehenzubleiben, sondern die Infragestellung durch die Verschiedenheit ebenso wie die Möglichkeit der verunsichernden Ähnlichkeit auszuhalten - zwischen der Teilhabe an verschiedenen Unterdrückungserfahrungen ebenso, wie zwischen „sozial älteren“ und „sozial jüngeren“ Beteiligten.
- Ein Prinzip der Ermöglichung zu praktizieren. Es muß möglich sein, die Ressourcen einer Gruppe, d.h. auch die Unterstützung der anderen, auch für Projekte zum Tragen zu bringen, die nicht komplett vereinheitlicht, abgesichert, von allen

geteilt und für gut befunden sind. Sonst bewegt sich nichts mehr und sonst würde für die Beteiligten das wesentliche Potential einer Kooperation zugunsten des „Mikado-Prinzips" (wer sich bewegt, hat verloren) abgeschnitten.

● Die Kooperation nach dem Grundsatz der Disloyalität zum Bestehenden zu behandeln. Das bedeutet, ihr Scheitern nicht auszuschließen und ihren Bestand nicht zur obersten Richtschnur zu machen; sich der überkommenen „Zivilisation" gegenüber, ob es eine gesellschaftliche oder eine „Gruppenzivilisation", nicht zwangsloyal zu verhalten, sondern lieber aus Prinzip disloyal. Daß „es sonst nicht funktioniert", ist eben kein Argument.

### c) Politik der „praktischen Demokratiekritik"

Zum heutigen Erkenntnisrepertoire von Herrschaftskritik gehört (auch wenn es immer wieder verdrängt wird), daß Wählen zwar besser ist als Entscheidungsfindung qua Hierarchie, an sich aber noch keineswegs Emanzipation verbürgt. Was aber folgt aus unserer theoretischen Kritik an der historischen Demokratie und an heutigen (herrschaftsförmigen) Demokratisierungsprozessen? Diese Kritik basiert darauf,

● daß bei der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen ein Abbau von Herrschaft kein Kriterium ist, sondern ganz im Gegenteil die „Eingriffstiefe" der Entscheidungen wächst und der herrschende Zugriff auf jeden Ort der Gesellschaft eher zu- als abnimmt;

● daß „nachholende Demokratisierung" die Anpassung an bisher etablierte Normen (männliche, weiße, bürgerliche, nördliche ...) nicht aufhebt, sondern sogar verstärken kann;

● daß Minderheiten zwar nicht allein entscheiden sollen, Mehrheiten aber auch nicht per se emanzipative Politik machen und ein System „multipler Mehrheiten" sehr wohl mit der Vormachtstellung einer herrschenden Klasse und mit einer Verstärkung sämtlicher Unterdrückungsverhältnisse kompatibel ist.

Wir können zumindest feststellen, daß hier andere theoretische und praktische Leitbilder für eine Politik der Emanzipation zählen müssen, auch wenn der Teufel im Detail steckt:

● Selbstbestimmung und Dezentralisierung. Entscheidungsprozesse sollen soweit wie möglich zurückverlagert werden, von „oben" nach „unten". Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei, nicht die Knochen zu verteilen und die Filetstücke zu behalten, wie das eine herrschaftsförmige Regionalisierung und Partizipationspolitik tut, bei der die Gesamtheit der Entwicklungen und Austauschverhältnisse nicht zur Disposition steht, aber innerhalb dieses Rahmens „gestaltet" werden darf.

● Begrenzung der Eingriffstiefe des demokratischen Prozesses; Schutzmechanismen gegen Majorisierung und Auslieferung an „übergeordnete Entscheidungen". Es geht dabei tatsächlich auch um Veto- und „Nimby"-Rechte („not in my backyard": wenn keiner die Folgen einer Entscheidung bezahlen will, dann ist das eben auch eine Form, wie diese Entscheidung legitim scheitert). Die Vorstellung, die zentrale Ebene sei die, von der gesellschaftliche Demokratisierung vorangetrieben werde und die dafür Kompetenzen zur Intervention brauche, gehört zum Inventar einer „modernistischen" Emanzipationsvorstellung, das heute gefährlich und abzulehnen ist.

● Affirmative Action. Anti-Diskriminierungspolitik, die mehr ist als formale Gleichstellung, ist mit Sicherheit ein zentrales Element emanzipativer Prozesse, aber nur, wenn sie von der Kritik der bisher herrschenden Norm ausgeht und nicht in ihrem Sinne Gleichstellung und „Förderung" betreibt.

● Auch Political Correctness ist in diesem Sinne ein zentrales Element. Aber eben nicht verstanden als Dogmatik dessen, „was nicht gesagt werden darf", sondern als Verpflichtung zur Einbeziehung dessen, was bisher nicht gesagt werden konnte, sozusagen eine Affirmative Action auf dem Gebiet der Inhalte und der Öffentlichkeit.

● Die Forderung nach einer unabhängigen Existenzsicherung wird die Idee einer Absicherung durch Arbeitspolitik, „Vollbeschäftigung" usw. ablösen müssen, wobei der Akzent auf „unabhängig" und auf „qualitativ ausreichend" liegt. Die Produktivität der Gesellschaft ist eine kollektive und umfassende; daß Existenzsicherung nach Kriterien der Formalarbeit oder der „besonderen Bedürftigkeit" von oben vergeben wird, ist nichts als ein willkürliches Instrument des Zwangs und der Unterwerfung.

### d) Organisierung

Die Frage, wieweit Emanzipation Organisierung braucht und welche das sein soll, ist umstritten - aber zurecht umstritten, weil die Frage notwendig und eben nicht geklärt ist. Als halbwegs gesichert sollte unseren Erachtens gelten:

● Für eine zukünftige emanzipative Bewegung wird es keine organisatorische Vereinheitlichung in einer großen Organisation geben. Das ist weder sinnvoll, noch möglich, noch wünschenswert; das war es auch in der Vergangenheit nicht. „Organisierung" im Sinne inhaltlicher Annäherung und des annähernden Austauschs strategischer Ziele kann und sollte jedoch sehr wohl ein übergreifender Prozeß sein, der an sektoralen Grenzen nicht halt macht. Multiple Zugehörigkeit und divergierende Herrschaftsanalysen sind das eine, die gemeinsame Erarbeitung von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik ist das andere.

● Für letzteres gibt es heute einen massiven Bedarf. Deshalb wächst die Bedeutung von „gemischten" und „teilbereichsübergreifenden" Formen der Zusammenarbeit und Organisation, in denen eine solche Neubestimmung entwickelt, praktiziert, durchgesetzt, ein Stück weit gelebt wird. Auch sonst gibt es Bereiche theoretischen und praktischen Handelns, die ohne „Organisation" im engeren Sinne schlecht funktionieren: die Schaffung selbstverwalteter Räume, „organisierte" Formen von Widerstand und Protest, das Ausloten theoretischer und praktischer Gemeinsamkeiten für eine emanzipative Bewegung usw. Auch Organisation in diesem Sinne ist ein Stück Lebensqualität (und wird gesellschaftlich ständig untergraben).

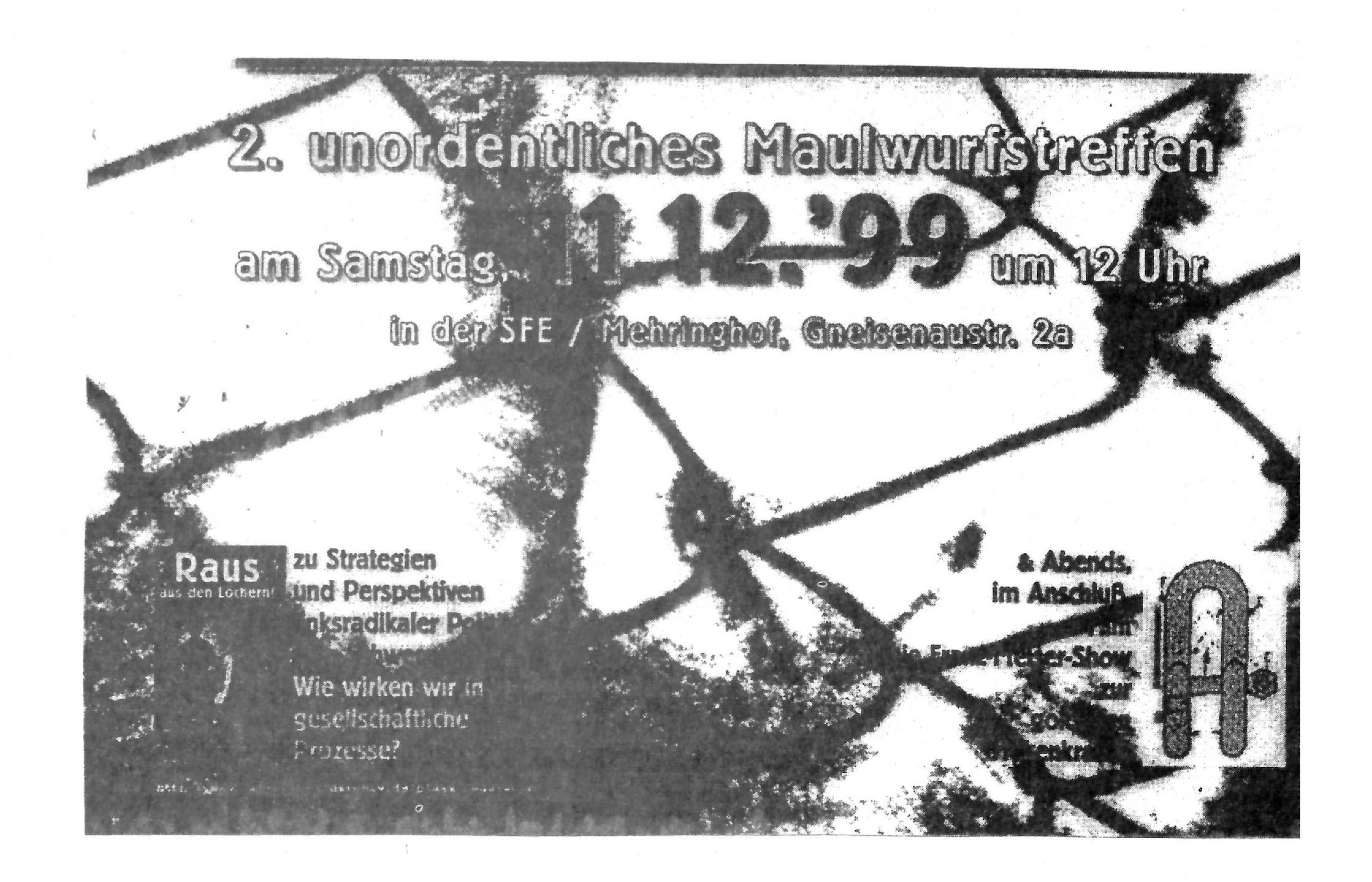
● Politische Organisationen sind kein privilegierter Ort für Emanzipationsprozesse und deren Durchsetzung. Emanzipation und ihre Durchsetzung findet überall in der Gesellschaft statt, in jeder sozialen Kooperation, im Alltag ebenso wie in der institutionellen Politik. Die Individuen handeln dabei tatsächlich nicht allein, ihre „Organisierung" muß aber keineswegs unbedingt die der klassischen Organisationen sein - z.B. handelt eine Frau, die patriarchale Regeln praktisch in Frage stellt, „organisiert" in dem Sinne, wenn sie ihr Handeln in Verbindung mit der Theorie und Praxis anderer Frauen stellt (sei es die Frauenbewegung oder ihre Freundinnen) und sich in einen Prozess der Auseinandersetzung begibt, wofür sie

aber nicht notwendig eine politische Organisation braucht. Ganz im Gegenteil haben sich „allgemeine" politische Organisation für solche Fälle oft als hinderlich, kontraproduktiv, herrschaftsförmig erwiesen.

● Gerade das Wichtigste an Organisierung, nämlich das gemeinsame Erarbeiten von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik, hat überhaupt keinen Raum in den „Dachorganisationen", die heute unter dem Druck der Mittelvergabe an NGOs so gerne vorangetrieben werden. Aber auch auf „bewegungsnäherer Seite" ist heute das Problem weniger, was bestimmte Kampagnen und Aktionsformen bringen oder nicht bringen. Das Problem ist, wie es möglich ist, innerhalb einer unübersichtlicher gewordenen Politlandschaft einen attraktiven, ausstrahlungsfähigen, bündnisfähigen und handlungsfähigen „Ort des Widerspruchs" am Leben zu halten und auszubauen, zu Gehör zu bringen und in andere Sparten hineinwirken zu lassen. Für dieses Problem reichen „bloße Dächer" und rein pragmatische Bündnisse nicht aus. Die Zeit der „Dächer" ist daher weitgehend vorbei und die Bedeutung einer punktuellen, pragmatischen Bündnispolitik stark relativiert.

**Schluß**

Der Regierungswechsel hat die Situation für die Linke verändert. Wir werden nun noch genauer sagen müssen, was wir denn anders haben wollen. Dafür ist eine Debatte um die Neubestimmung emanzipativer Theorie und Praxis wichtig, an der wir uns seit mehr als drei Jahren, vor allem durch die alaska, beteiligen. Wir sehen mit Interesse, daß auch andere Gruppen, Zeitschriften und Einzelpersonen mit dieser Debatte begonnen haben und sie weiterführen (und nennen hier natürlich keine Namen).Mit diesem Text haben wir unseren Zwischenstand in der Debatte zusammengefasst und stellen ihn hiermit zur Diskussion. Linke Debatte ist auf den Austausch angewiesen: Wir freuen uns über Rückmeldungen, die Diskussion ist wieder einmal eröffnet.



# EIN GESPENST GEHT UM IN MOABIT

Seit einigen Wochen wird der **A-LADEN BERLIN** durch eine "Anti-faschistische Gruppe Herbert Baum" (AG HB) bedrängt, mit rechtslastigen Umtrieben im Projekt aufzuräumen. Zwei Schreiben ohne Absender in drohendem und partriarchal überheblichem Ton, von dem wir hier eines dokumentieren, wurden uns bisher postalisch zugestellt.

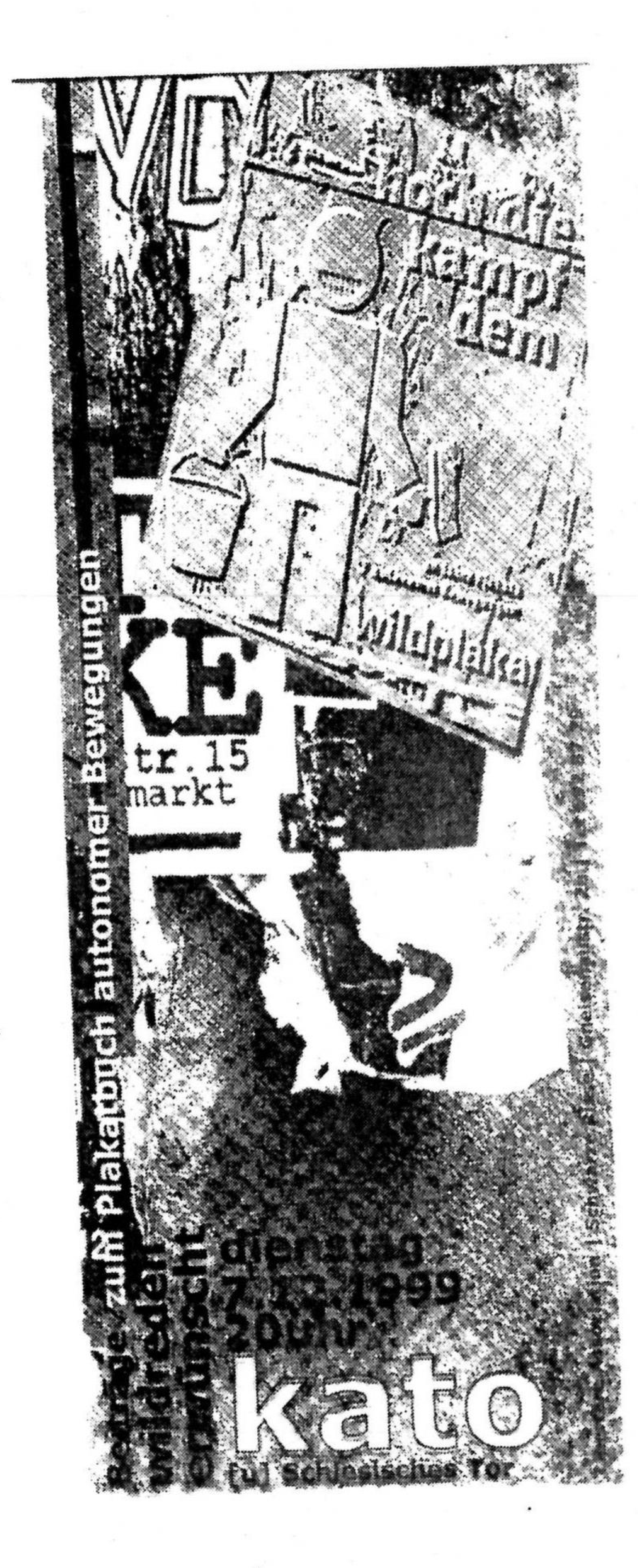


**SCHREIBEN NO.2 AG HB (Original):**

An die Zusammenhänge in und
um den A-Laden

Wir müssen uns wohl etwas zu soft ausgedrückt haben! Kaum waren wir guter Dinge, dass ihr eure politischen Nachlässigkeiten klärt, da fiel es uns erneut wie Schuppen von den Augen: Eine Person aus eurem Veganen-Laden traf sich nachweislich am 16.10. im Umfeld des "Weiternhährungstages" erneut mit Unitariern u.a. zur abschliessenden Ladenbesichtigung. Wir haben uns erlaubt dies ein bisschen zu dokumentieren.
Wir raten euch also dringend für saubere Verhältnisse in eurem Umfeld zu sorgen.
Wir schliessen eine Reihe anderer Aktivitaeten ab, bis dahin habt ihr das gefälligst bereinigt.
Danach kennen wir kein "pardon" mehr!

Antifaschistische Gruppe Herbert Baum




Die Antifagruppe HB stellt in ihrem ersten Schreiben die Behauptung auf, der Vegan-Laden verfüge über "engste Kontakte" zu den braunlastigen "Deutschen Unitariern". Aus dem zweiten Schreiben geht hervor, daß sogar die konkrete Person, um die es als BeschuldigtEn geht, der AG HB bekannt sein muß.

**Seid ihr eigentlich wahnsinnig?**
Ihr habt angeblich Hinweise darauf, daß sich ein höchst fragwürdiges Element im A-Laden herumtreibt und eure einzige Reaktion ist, uns zu drohen, anstatt euren Verdacht uns gegenüber deutlich zu machen? Und mit deutlich meinen wir , daß ihr uns die Person klar nennt, damit wir die Sache klären können. So laßt ihr uns im DUNKELN tappen und gebt der Person damit noch Rückendeckung !!!

Das Andenken der tatsächlich in den 30ern existiert habenden kommunistisch-jüdischen Widerstandsgruppe Herbert Baum (Brandanschlag auf die Nazi- Sowjetunionausstellung 1943 in Berlin) wird mit solch einer, die antifaschistische Solidarität untergrabenden Vorgehensweise, in den Dreck gezogen. Schon einmal haben die Nazis vom Zerwürfnis der Linken in schrecklicher Weise profitiert.

Damit keine Irrtümer aufkommen: als anarchistisches, libertäres und damit explizit antifaschistisches Projekt haben wir uns von jeher individuell und kollektiv Militarismus, Rassismus und Nationalwahn entgegengestellt und werden dies weiterhin tun. Sollten uns menschenfeindliche Aktivitäten oder Kontakte solcherart eines Ladenmitgliedes bekannt werden, werden wir entsprechend handeln. Stichhaltige Kritik ist uns dabei stets willkommen, solange sie ein Mindestmaß an solidarischem Umgang erfüllt. Eins dürfte ja wohl allen klar sein, daß weder im A-Laden noch in anderen Projekten der liebe Gott wohnt, der über alles immer Bescheid weiß!!!

Bisher haben sich die Beschuldigungen der AG HB nicht bestätigt. Es ist uns nicht gelungen, Kontakte zu Unitariern aus dem A-Laden heraus festzustellen

Der Vegan-Laden stellt sich uns und der Öffentlichkeit folgendermaßen vor:

**STATEMENT VEGAN-LADEN**

Der Vegan-Laden ist gegen Ausbeutung und Unterdrückung jeglicher Art. Dabei beziehen wir die Umwelt, die Menschen und auch die Tiere als Schmerz empfindende und leidensfähige hochentwickelte Lebewesen mit ein. Wir lehnen Rassismus jeglicher Art ausdrücklich ab und distanzieren uns von Personen, Vereinen oder anderen Zusammenschlüssen, die rassistisch oder antisemitisch orientiert sind. Kontakte zu Unitariern sind uns nicht bekannt und wir wären selbst an einer Aufklärung dieser Vorwürfe interessiert.



Mit anarchistischen  Das A-LADEN-Plenum BLN. 5.11.99

# Kein Nazi-Aufmarsch in Braunschweig!

*und auch nicht anderswo*

## Gegen Faschismus, Rassismus und Militarismus!

### *Samstag • 4.12.1999 • 10 Uhr • Demonstration • Kohlmarkt*

**Weil die Nazis am 4.12.1999 in Braunschweig aufmarschieren, werden wir an diesem Tag mit vielen Menschen gegen die Hetze der Faschisten, ihre soziale Demagogie und ihre brutalen Überfälle demonstrieren. Braunschweig soll kein Ort werden, in dem Nazis ungestört aufmarschieren können.**

- **Wir fordern alle Menschen auf, sich mit ihren Mitteln und Protestformen an den Aktivitäten gegen den Nazi-Aufmarsch zu beteiligen!**
- **Dem Geschichtsrevisionismus und der Verherrlichung der Wehrmacht entgegentreten!**
- **Gemeinsam gegen Faschismus und Militarismus!**
- **Solidarität statt sozialer Ausgrenzung und Rassismus!**

**Infotelefon: 0177 – 829 87 71**

---

## Info Veranstaltung

### zu dem § 129 Verfahren gegen Passauer Antifas

Am 12. Mai 1998 stürmten Bundeskriminalamt, Landeskriminalamt und örtliche Polizeibehörden um 6 Uhr morgens die Wohnungen von 28 AntifaschistInnen. 36 „Objekte", sprich Wohnungen, Fahrzeuge, ein Buchladen und eine Druckerei wurden durchsucht.
Der Vorwurf: „Bildung einer kriminellen Vereinigung" nach §129 StGB. Beschuldigt sind AntifaschistInnen, die alle aus Passau stammen, dort einmal gewohnt haben oder dort noch wohnen. Die Durchsuchungen fanden auf Anordnung der Staatsanwaltschaft München I und unter Federführung des bayerischen LKAs in Passau, Mühldorf, München, Nürnberg, Göttingen, Bielefeld, Hamburg und Berlin statt.

Nicht die angebliche „kriminelle Vereinigung" war der Schwerpunkt der Hausdurchsuchungen, sondern vielmehr alles, was einen Zusammenhang mit dem antifaschistischen Spektrum darstellte. So bekommt antifaschistische Politik einen Stempel aufgedrückt, kann jederzeit für kriminell erklärt werden. Dies ist etwas neues, bedeutet, dass wie im Fall Passau nicht irgendwelche Straftaten oder eine Gruppe, die Straftaten verübt, sondern der Bestand der bloßen antifaschistischen Arbeit kriminell sein soll.

**Sa 11.12.99 19Uhr**

**XB-Liebig**

**Liebigstr.34 / F'Hain / U5 Frankfurter Tor**

---

Eine Veranstaltung des Infoladen Daneben:
Liebigstr.34 030/42017279
www.nadir.org/nadir/initiativ/daneben
Mo 18-22 Frauentag / Di-Fr+So 14-19

## KEIN GEWÖHNEN UND VERGESSEN

In der Nacht zum 17. Oktober wurden im Nordbereich der Gifhorner Fußgängerzone fünf Jugendliche von ca. 20 Neonazis überfallen. Diese fügten ihnen durch Messerstiche sowie Schläge auf Kopf und Oberkörper so schwerwiegende Verletzungen zu, daß alle fünf ins Gifhorner Krankenhaus eingeliefert wurden. Einer von ihnen mußte mehrere Tage auf der Intensivstation behandelt werden, sein Krankenhausaufenthalt dauerte insgesamt drei Wochen.

Noch in der selben Nacht wurden die Personalien der rechtsradikalen Täter von der Polizei ermittelt. Der Hauptstrafverdächtige, ein 19jähriger Wolfsburger, der nach anfänglichem Leugnen die Tat einräumte, wurde von der Staatsanwaltschaft nach den Vernehmungen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Gründe, die für die Staatsanwaltschaft gegen den Erlaß eines Haftbefehls sprachen, waren unter anderem geordnete soziale Verhältnisse sowie eine Ausbildungsstelle im VW-Werk. Die rechtsradikalen Täter versuchen nun erneut die Wahrheit zu verdrehen und zu verschleiern, indem sie mit Hilfe von Zeitungsartikeln und Mundpropaganda verbreiten, daß sie sich einem Angriff der fünf Jugendlichen zur Wehr setzen mußten. Dieser wiederholte Versuch der rechten Szene, OPFER ZU TÄTERN zu machen, darf nicht widerstandslos hingenommen werden!!

Dieser Vorfall ist der traurige Höhepunkt einer langen Kette von neofaschistischen Übergriffen in Gifhorn und Umgebung Täglich richtet sich rechte Gewalt gegen Minderheiten, die Tendenz ist steigend, zusätzlich wird durch die aktive und passive Unterstützung der Bevölkerung, Politik und Justiz dieses Verhalten geschürt. Wirst Du das nächste Opfer rechten Hasses sein? Zeigt Anteilnahme und erscheint zahlreich zur **DEMONSTRATION**
für die antifaschistische Selbsthilfe und gegen den Naziterror!




## DEMONSTRATION

**Am 11. Dezember 1999 , Bahnhof Gifhorn Stadt um 12.00 Uhr**

Zur Demonstration rufen auf: AG Kontra, Aktionskreis Bunt gegen Braun

## Der Mehringhof: „Staadt“tragend oder „Staadt“feindlich?

**nformationsveranstaltung zu Jochen Staadt und dem „Forschungsverbund SED-Staat“**

Anfang dieses Jahres wurde bekannt, dass Jochen Staadt im Vorstand des Mehringhofes sitzt. Gegen Staadt wurde eingewandt, dass er dem Kreis um Horst Mahler zuzurechnen sei, was Staadt jedoch bestritt. Nach einigem Hin und Her legte Staadt dann sein Amt nieder, jedoch nicht ohne Attacken gegen die „üblen Verleumder“ zu fahren. Nahezu vollkommen ausgeblendet wurde in diesem Zusammenhang Staadts Tätigkeit im „Forschungsverbund SED-Staat“, einem „Forschungs“projekt der FU-Berlin, das ganz im Sinne der Totalitarismustheorie eine Gleichsetzung von DDR und Nationalsozialismus betreibt. Der 1992 gegründete „Forschungsverbund“, grösstenteils bestehend aus „gewendeten“ Alt-68ern und ehemaligen Maoisten, relativiert Auschwitz, indem die DDR dämonisiert wird. Er liefert sozusagen die „wissenschaftliche“ Unterfütterung für die totalitarismustheoretischen Thesen der Neuen Mitte/Rechten und trägt massgeblich zur politischen Durchsetzung derselben bei. Die Veranstaltung soll deshalb diesen „Forschungsverbund“ und die Rolle Jochen Staadts darin einmal etwas genauer untersuchen und klären, ob nicht allein schon eine Beschäftigung beim „Forschungsverbund SED-Staat“ mit einer Anwesenheit im Mehringhof unvereinbar ist.

**mit Wolfgang Wippermann (FU-Berlin)**
**organisiert von gruppe venceremos**
**am Donnerstag, 9.12., 20 Uhr**
**im EX (Gneisenaustr. 2a)**

V.i.S.d.P: Fritz Kübel, Sonnenstr. 29, 10379 Berlin

## [Von Ford zu Toyota]

**Die neuen Arbeitsverhältnisse und ihre Auswirkungen auf syndikalistische Betriebsarbeit**

Ein Vortrag über die Entwicklungen und Veränderungen der Arbeitsverhältnisse in den letzten 20 Jahren, die verschiedenen Formen neuer Unternehmensstrukturen und Arbeitsorganisation (Netzwerkunternehmen, Gruppenarbeit, Lean Production, Vermarktlichung der Arbeitsbeziehungen...), und deren mögliche Auswirkungen auf die Klassenzusammensetzung und die Perspektiven syndikalistischer Gewerkschaftsarbeit. Mit anschließender Diskussion.

**Do., 2. Dezember, 20.00 Uhr**
**Fischladen**
**Rigaer Str. 83 (Friedrichshain)**

Freie ArbeiterInnen Union (FAU-IAA) Schreinerstraße 47 10247 Berlin
Fon/Fax: 030-420 897 38 | eMail:faub@fau.org | Web: www.fau.org

---

### Veranstaltung zum 10. Dezember dem Internationalen Kampftag der politischen Gefangenen

**Politische Verfolgung von Exilorganisationen in der BRD**
**Am Beispiel der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei – Front)**

Info-, Diskussions- und Filmveranstaltung zur aktuellen staatlichen Repression gegen vermeintliche DHKP-C AnhängerInnen in der BRD am 10.12.99 im Bandito Rosso in der Lottumstraße 10a um 19.30 Uhr

ReferentInnen: Rechtsanwalt Gräßle-Münscher, ein Mitarbeiter der Antirepressionszeitung *Angehörigen Info*, eine VertreterIn der Prozessgruppen zu den DHKP-C Prozessen
Moderation: gruppe mücadele

V.i.S.d.P.:Rosa Groß, Straße der Freiheit 12 10567 Berlin

---

### )ie Regierung Chávez – Hoffnung auf soziale Gerechtigkei oder neue Diktatur in Venezuela?

nde 1998 hat der Linkspopulist und Ex-Militär Hugo Chávez mit seiner *Bolivarianischen ewegung* die Präsidentschaftswahlen in Venezuela gewonnen. Chávez will umfassende taatsreformen durchsetzen und stellt sich gegen den US-Einfluss in der Region, doch es erden auch Vorwürfe laut, er sei autoritär und militarisiere zunehmend das öffentliche eben. Wie verändert sich Venezuela und welche Rolle spielt die Regierung Chávez für die egion? Was passiert an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze? Wie stehen die USA ı dem neuen Präsidenten?

**Die Entwicklungen in Venezuela seit 1990** (Raul Zelik, Berlin)
**Konflikte in der Karibik, der Druck auf Chávez und die Spannungen an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze** (D. Perea, Kolumbien/ Schweiz)

**)rt:** ***Bildungwerk, Zeughofstr. 20, 1. HH, 5. Stock, Berlin-Kreuzberg***
**'eit:** ***Montag, 6. Dezember 1999, 19 Uhr***

### Zerfällt Spanien? Die Unabhängigkeitsbewegung im Baskenland

Im vergangenen Jahr hat die baskische ETA einen einseitigen, unbefristeten Waffenstillstan verkündet. Gleichzeitig begann die Linkskoalition *Euskal Herritarok* die Autonomieregierung der baskischen Zentrumsparteien PNV und EA zu tolerieren. Auf der Veranstaltung soll über die neuere Entwicklung berichtet werden und über die Politik der baskischen Linken diskutiert werden.

***Zeit:*** *Mittwoch, 8. Dezember 1999 um 19 Uhr*
***Ort:*** *Stadtteilladen Zielona Gora, Grünbergerstr.73 Berlin Friedrichshain*

---

**Graswurzelgruppe Berlin**
*-Gewaltfreie Aktionsgruppe c/o A-Laden, Rathenower Str. 22, 10559 Berlin, Tel/Fax: 030/ 394 61 67*
*- Graswurzelrevolution Redaktion Berlin, e-mail: GWRBLN@mailandnews.com*

# Einladung zum offenen gewaltfreien Aktionsplenum

Erster Termin des Plenums wird der 10. Dezember 1999 um 19.30 Uhr sein. Der Ort ist der A-Laden in Berlin-Moabit in der Rathenower Straße 22, 10559 Berlin, Tel.: 030/ 394 61 67.

Mittwoch, 8. Juli 1998

20.00 Uhr, Odeon-Filmtheater, Löhrstraße
Film:
**Komm und sieh - Eine russische Apokalypse**
UdSSR 1985

Regie: Elem Klimow, UdSSR 1985, 145 min.; Buch: Alex Adamowitsch, Elem Klimow. Auszeichnung mit dem Preis der Internationalen Filmfestspiele Moskau 1985, OmU
Nach Stalingrad begriffen die Nazi-Invasoren, daß dies der Anfang vom Ende ihres blutig-verbrecherischen Dranges nach Osten war. Umso brutaler wüteten sie gegen die russische Zivilbevölkerung. Allein 1943 verbrannten die Nazitruppen 628 weißrussische Dörfer mitsamt ihrer Bevölkerung.
Mit durchaus aktueller Absicht ruft Elem Klimows Film "Komm und sieh" diese hierzulande weitgehend verdrängten Verbrechen ins Bewußtsein. Und er tut dies nicht mit den üblichen filmsprachlichen Verfahren historischer Filmgenres.
Erzählt wird aus der Perspektive des zwölfjährigen Bauernjungen Fljora, dessen Gesicht unter grausamstem Erleben erschreckend schnell altert, vergreist. Nicht spektakuläres Kampfgeschehen oder "heroische Heldentaten" stehen im Mittelpunkt. Dieser Film versucht vielmehr, das Unvorstellbare vorstellbar zu machen.

Veranstalter: AG Geschichtswerkstatt und Kinofilmbetriebe Klein, Odeon
Abendkasse

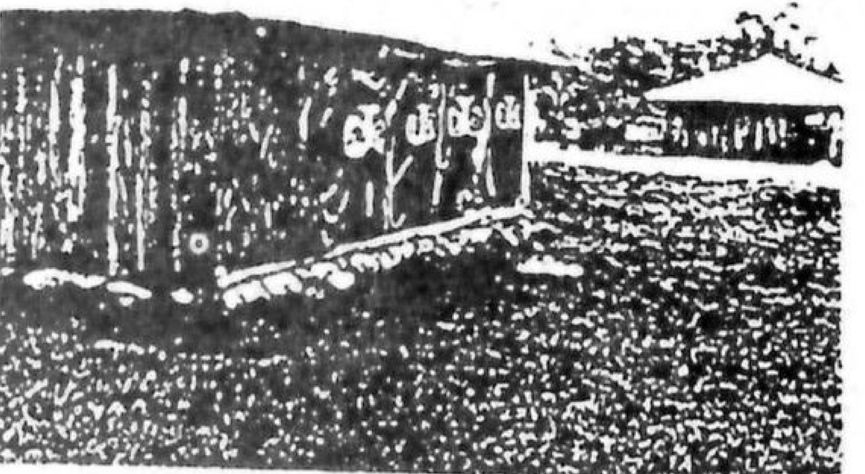
Lunte Di 14.11.99
WEISESTR. 53 20[00]




Riot Grrrls PARTY ♀♀♀
M.12 SCHLAMPENBAR
MOVE FROM RIGA94




# BEWEG DICH-



# ¡ MUEVETE !

Ein Film über die Basisorganisierung des Widerstandes und zur Situation in Chiapas und Mexiko - Februar bis Mai '99

Eine (Co)-Produktion von
AK-KRAAK



2.12.
Wagenplatz Lohmühle 20.00

8.12.
Cafe Krähenfuß 16.00

9.12.
Köpi 137 21.00

13. 14.+15.12.
Lichtblick-Kino 18.00



Oder zu bestellen für 35dm +5 Porto auf's Sonderkto. AK KRAAK
c/o M Zimmer Spark Bln 10050000 Kto 610234935

## ANTIFA - SOLIPARTY

**Am 10.12.1999**
**Ab 21.00 Uhr in der Köpi**
**Party + Bands + DJ**
**Otp, Celulitas u.a.**
**Als Bands**
**+ Cocktailbar**

**J.A.K.O.B.**
**Jugend-antifa-**
**koordination Berlin**

Die Silvio-Meier-Demo war dieses Jahr, dank über 2500 Autonomen, wieder ein riesen Erfolg. Doch leider leben wir noch immer in einem kapitalistischen System, in dem man für jeden Kram Geld bezahlen muß. Also hat auch die Demo und alles drum herum massig Kosten verursacht. Und wie das bei den Linksradikalen so ist, gibts aufgrund von Geldmangel, Die ultimative und supertolle SIVIO-MEIER-DEMO-SOLI-PARTY mit Musik von Hardcore (No Paseran, Leipzig) bis HipHop (Freudenfeuer/ Da Kangeroo/F.O.O.T.) und später dann mit DJs (Goa, Disco, Punk, Hardcore, HipHop), und alles oben und unten in der Köpi. Für Abkühlung sorgen lecker Cocktails (created by Antifa) und Biere des Hauses. Also kommt alle am 3.12.99 ab 21 Uhr in die Köpi und feiert solidarisch mit allen Anderen, kommender und gewesender Antifa-Erfolge.

VORWÄRTS UND NICHT VERGESSEN .............
ANTIFA HEIßT FEIERN, BIS DIE BULLEN KOMMEN.


Sa. 4.12.99 ab 22.00h
FrauenLesben
Party
im EX
Gneisenaustr. 2a
U7
Soli für Frauenprojekt in Nicaragua